

Der Deutsche Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 22

Duitsburg, Den 28. Mai 1932

33. Jahrgang

Unterstützungswesen und Aktivität der Gewerkschaften

Schicksalsstunden für die deutsche Arbeiterschaft sind herangebrochen. Eine nie erlebte Krise drückt mit Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, mit Not und Mangel weithin die arbeitenden Schichten. Noch ist vorerst kein Ende der Weltkrise und der wirtschaftlichen Tragödie im Innern abzusehen. Krisenperioden aber werden in der Wirtschaftsgeschichte immer von den kapitalkräftigeren Volksgruppen dazu benutzt, um die Rechte der Handarbeiter zu beschneiden oder gar aufzuheben.

Vor zwanzig Jahren eingeengt im gesellschaftlichen Ganzen, ohne Recht in Wirtschaft und wenig Recht im politischen Leben, wuchs die Arbeiterschaft empor zu bedeutsamem sozialen und wirtschaftlichen Recht. Sie errang sich besseren Schutz für Leben und Gesundheit in der Sozialversicherung, sie errang sich Sicherung der Löhne durch Tarifvertrag und Schlichtungswesen, sie festigte ihre Stellung im Arbeitsrecht, sie sollte durch die Arbeitslosenversicherung über die Fährnisse der Arbeitslosigkeit hinwegkommen.

Jetzt benutzen Unternehmertum und mit ihm die Unternehmerpresse und auch eine sogenannte Wissenschaft diese ungeheure Krise, um Schritt für Schritt die Stellung der Arbeiterschaft zu unterminieren.

Deshalb wird jetzt der Kampf mit allen nur erdenklichen Mitteln gegen die Stellung der Arbeiterschaft geführt. Deshalb die Forderung nach freier Lohnbildung, nach „Auflockerung“ des Schlichtungswesens, nach Abbau der Sozialversicherung, nach weiterem Lohnruck, nach Fortfall bezahlter Ferien. Es gibt kein soziales Gebiet, auf dem nicht der Kampf entbrannt ist. Der sozialen Reaktion und den mit ihr verbündeten politischen Parteien scheint ein Rückwerfen der Arbeiterschaft in das alte Selotentum der Schlüssel zur Lösung der ganzen Krise zu sein.

Die sozialen Kämpfe der Gegenwart, die ja weit über Betrieb und Arbeitsstätte hinausgreifen in das gesamtwirtschaftliche und politische Leben, stellen an die Gewerkschaften größte Anforderungen finanzieller Art. Eine gewerkschaftliche Organisation ist in erster Linie die Interessenvertreterin der Arbeiterschaft. Das ist ihre Hauptaufgabe. Die wie eine Sturzflut kommende Krise aber hat zwangsläufig gewissermaßen Nebenzwecke einer Gewerkschaft, wozu auch das um-

fangreiche Unterstützungswesen gehört, in den Vordergrund gerückt. Die Arbeitslosen-, Kurzarbeiter- und Krankenunterstützung haben bedenklich an den finanziellen Mitteln aller Gewerkschaften gezehrt und Geld an Positionen eingesetzt, das an anderer Stelle wahrscheinlich viel erfolgreichere Dienste für die Arbeiterschaft hätte leisten können.

Und dann: Die Arbeiterschaft muß auch an die Zukunft denken. Was nützt es der Arbeiterschaft, wenn sie ihre Gewerkschaft zwar über die Krise hinaus gerettet hat, wenn aber zugleich die Gewerkschaft finanziell so geschwächt ist, daß sie nicht entscheidend in die dann einsetzenden schweren Kämpfe um Lohn und Wiederaufstieg eingreifen kann? Auf einen solchen Zustand der Gewerkschaft hoffen aber die Unternehmer. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ (19. Mai) schreibt in bezug auf die hohen Unterstützungsanforderungen an die Gewerkschaften geradezu von einem „Verfall der Gewerkschaften“, den sie sehnsüchtig erhofft. Wir können ihr die tröstliche Versicherung geben, daß sie den Tag nicht erleben wird.

Aber die Gewerkschaften müssen angesichts der riesigen Aufgaben, die sie heute leisten müssen, aus der gefährlichen Umflammerung durch die nichtgewerkschaftlichen Unterstützungen heraus. Sie sind bezüglich des Unterstützungswesens an einem entscheidenden Wendepunkte angelangt. Wir gehen nicht so weit wie sehr viele Kollegen, welche eine radikale Beseitigung aller nichtgewerkschaftlichen Unterstützungen fordern; aber wir möchten uns mit aller Entschiedenheit aussprechen für eine Umformung des Unterstützungswesens dergestalt, daß nach Ablauf der staatlichen und kommunalen Unterstützungen die Verbandsunterstützung in Monatsätzen in Kraft tritt. Dann wäre dem Kollegen gerade in der Zeit, wenn seine Mittel sehr knapp werden, eine gute Hilfe gewährleistet.

Aus vielen Ortsgruppen kommt immer dringlicher der Wunsch, mit einer Neuregelung der Unterstützungen nicht mehr zu zögern. Die Kollegen gehen von der sehr richtigen Erkenntnis aus, daß die Erhaltung der Aktivität, ja eine Stärkung der gewerkschaftlichen Aktivität dringendstes Gebot der Stunde ist. Die Führung der Gewerkschaften wird sich diesem Ruf der Kollegenschaft nicht verschließen können; denn es geht um das Elementarste: um Zukunft und Leben der Arbeiterschaft. W.

Es geht um die Sozialversicherung

Daß sich die deutsche Sozialversicherung in einer schweren Krise befindet, ist aller Welt bekannt. Aller Welt ist aber auch bekannt, daß die deutsche Sozialversicherung im Laufe der Jahrzehnte nicht nur für die zunächst beteiligten Arbeitnehmer, sondern für das ganze deutsche Volk sehr segensreich gewirkt hat. Mit den Mitteln der Armenpflege

wäre das nie möglich gewesen. Daß durch die Sozialversicherung auch die Moral und die Kultur gehoben wurden, läßt sich doch ernstlich nicht bestreiten. Das wurde anlässlich der fünfzigjährigen Wiederkehr des Erlasses der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 im vergangenen Herbst nicht nur von Arbeitern, sondern von Männern aus allen Schichten des deutschen Volkes laut und deutlich anerkannt.

Freilich gab es auch zu allen Zeiten Kritiker der deutschen Sozialpolitik. Das fing zu Bismarcks Zeiten an und hielt durch fünf Jahrzehnte an. Erinnerung sei nur an das im Jahre 1913 von Professor L. Bernhard herausgegebene Buch „Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik“. Er sprach davon, daß die deutsche Arbeiterschaft durch das Uebermaß der Sozialpolitik, durch Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung verweichlicht sei. Das Buch fand starke Beachtung, der Verfasser erhielt Beifall, bis der Krieg und die unerhörten Leistungen der deutschen Arbeiter im Felde und zu Hause den Beweis erbrachten, daß sich Herr Professor Bernhard getäuscht hatte, daß von einer Verweichlichung der Arbeiter keine Rede sein konnte. Nach dem Krieg war einige Jahre Ruhe; aber schon 1927 kam der Danziger Arzt Dr. Lick und behauptete wieder, die Krankenversicherung lähme den Willen zur Gesundheit, die Unfallversicherung töte den Willen zur Arbeit, die Altersversicherung zerstöre den Sparsinn und die Arbeitslosenversicherung führe zur Faulheit. Herr Hartung sang ähnliche Töne und wollte statt Sozialversicherung ein Sparsystem eingeführt wissen.

Inzwischen nahm die Wirtschaftsnot zu und damit leider auch die Finanznot in den einzelnen Versicherungszweigen. Die gesamten Einnahmen der Sozialversicherung (Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Angestellten-, Knappschafts- und Arbeitslosenversicherung, aber ohne Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung) betragen 1930 noch 6,5 Milliarden RM., 1931 nur 5,6 Milliarden RM. Der Rückgang beträgt somit 0,9 Milliarden RM. Die Gesamtausgaben gingen zwar auch zurück, aber nur von 6,2 Milliarden RM. in 1930 auf 5,6 Milliarden RM. in 1931, das sind nur 0,6 Milliarden. Die Einnahmen und Ausgaben sind nach dieser Gegenüberstellung ungefähr gleich hoch. Dieses Bild ändert sich jedoch, sobald man die Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Versicherungsarten einander gegenüberstellt. Da ergibt sich, daß nur bei der Angestellten- und der Arbeitslosenversicherung im Jahre 1931 die Einnahmen zur Deckung der Ausgaben ausreichen. Die Krankenversicherung hatte nach Angaben des Statistischen Reichsamts im Jahre 1930 noch einen Ueberschuß von 130 Millionen RM., 1931 einen Fehlbetrag von 10 Millionen RM. Die Unfallversicherung hatte 1930 einen Fehlbetrag von 5,9 Millionen RM. und 1931 einen solchen von 44,7 Millionen RM. Die Invalidenversicherung hatte 1930 einen Ueberschuß von 55 Millionen RM. und 1931 einen Fehlbetrag von 197 Millionen RM. Die Angestelltenversicherung hatte 1930 einen Ueberschuß von 323 Millionen und 1931 von 260 Millionen RM. Die Knappschaft hatte 1930 einen Fehlbetrag von 38 Millionen und 1931 von 25 Millionen RM. Die Arbeitslosenversicherung hatte 1930 einen Fehlbetrag von 140 Millionen RM. und 1931 einen Ueberschuß von 94 Millionen RM.

Dabei sind in allen Versicherungsarten die Leistungen schon bedeutend gesenkt. Bei der Krankenversicherung wurde die Krankenschein- und Rezeptgebühr von je 50 Rpf. eingeführt, und bei Kassen mit mehr als 5% Beitrag sind die Mehrleistungen weggefallen. Bei der Unfallversicherung sind die Renten bis 20% fast ganz weggefallen. Bei der Invalidenversicherung, wo die Leistungen an sich äußerst niedrig sind, und bei der Angestelltenversicherung und der Knappschaft sind die Zuschläge für Kinder über 15 Jahre radikal beseitigt worden. Bei letzterer sind aber auch fast alle sonstigen Leistungen ganz bedeutend gekürzt worden. Wo mehrere Renten zusammenfielen, trat außerdem noch eine weitere Kürzung ein. Bei der Arbeitslosenversicherung ist die Bezugsdauer von 26 auf 20 Wochen verkürzt, die Bezugsmöglichkeiten stark eingeschränkt und die Durchschnittsunterstützung von monatlich 81 RM. in 1927 auf 49 RM. in 1932 heruntersgesetzt. In derselben Zeit wurden die Beiträge von 3 auf 6,5% erhöht.

Die Leistungen stehen also auf einem Mindestmaß. Und trotzdem schreibt der ganze Troß von Gegnern und Halbgegnern der Sozialversicherung: „Die Leistungen müssen weiter herabgesetzt werden.“ So die „Kölnische Zeitung“. Die „Bergwerks-Zeitung“ schreibt am 6. April d. J.: „Einzig und allein ist noch ein Ausweg gegeben in einer

nachhaltigen Senkung der Leistungen und Ausgaben. Die Unfallrenten sollen um mindestens 20% gesenkt werden.“ Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ vom 8. Mai d. J. schreibt, daß das Reichskabinett die notwendige Reform der Sozialversicherung in Angriff nehme. Die Invalidenversicherung, die Knappschaftliche Pensionsversicherung und die Arbeitslosenversicherung seien seit jeher die Sorgenkinder einer jeden Reichsregierung bei der Staatsaufstellung gewesen. Dann fährt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ fort:

„Die notwendige finanzielle Sanierung wird bei allen Versicherungsarten einen Leistungsabbau und bei der Arbeitslosenversicherung einen Umbau des Aufbaues bringen. Nach dem bisherigen Stand der Beratungen ergibt sich folgendes Bild: Die Invalidenversicherung hat im Jahre 1930 einen Reichszuschuß von 478,1 Millionen Reichsmark erfordert; trotzdem hat sich ein Fehlbetrag von 197 Millionen Reichsmark ergeben. Der monatliche Zuschuß im Jahre 1932 stellt sich auf ungefähr 21 Millionen Reichsmark. Diese Summe soll zum Teil durch eine generelle Herabsetzung der Renten, und zwar sowohl der Invalidenrente, der Witwenrente und der Waisenrente durchgeführt werden. Ueber das Ausmaß der Kürzung der Renten ist noch keine Entscheidung getroffen. Jedoch rechnet man mit mindestens 5 RM. für die Invalidenrente, 4 RM. für die Witwenrente und 3 RM. für die Waisenrente. Es ist aber auch durchaus möglich, daß diese Sätze noch etwas erhöht werden. Diese Kürzungen wirken automatisch auch auf die Arbeiterpensionsversicherung der Knappschaft und auf die Wanderversicherung in der Angestelltenversicherung.“

Der letzteren wird ebenfalls ein Abbau der Leistungen empfohlen. Für die Arbeitslosenversicherung wird von verschiedenen Seiten sehr energisch die Aufhebung der Versicherung und der Uebergang zur Fürsorge mit ausgedehnter Bedürftigkeitsprüfung gefordert. In verschiedenen Städten hat man in den letzten Wochen auch die Sätze der Wohlfahrtsunterstützung abgebaut.

Also Leistungsabbau auf der ganzen Linie. Mit einer Kalkschnäuhigkeit wird diese Forderung erhoben von Leuten, die für sich selbstverständlich ein gesichertes standesgemäßes Auskommen und eine dementsprechende Altersversorgung fordern und auch erhalten. Auf die kargen Sätze der Arbeitslosenversicherung haben wir schon hingewiesen. Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung sind noch niedriger. Und die „Renten“ der alten, verbrauchten Arbeiter, ihrer Witwen und Waisen? Die Invalidenrente im Reichsdurchschnitt 36 RM. im Monat, die Witwenrente 22 RM. und die Waisenrente 14 RM. Und da will man 5, 4 und 3 RM., „vielleicht auch noch etwas höhere Beträge“ abbauen? Dagegen protestieren wir mit aller Entschiedenheit. Ebenso gegen die Aufhebung des Rechtsanspruchs auf Arbeitslosenversicherung. Wie liegen denn die Dinge?

Die Sozialversicherung war bis zu Beginn des Krieges gesund, und ohne Krieg, Inflation und die heutige Weltwirtschaftskrise wäre sie heute noch gesund. Die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung zusammen hatten Ende 1913 über 3 Milliarden Mark Vermögen. Davon hat die Invalidenversicherung durch die Inflation allein an 2 Milliarden Mark verloren. Wäre dieses Vermögen heute noch da, dann wäre die gegenwärtige Bettelerei beim Reich nicht nötig. Das Reich hat aber diese Inflation zum mindesten zugelassen (ob gewollt oder ungewollt und aus welchen Motiven, braucht hier nicht untersucht zu werden) und hat somit den armen Teufeln von Unterstützungsbezieheren gegenüber die Pflicht, mindestens so bereitwillig und ausgiebig zu helfen, wie es den Banken und anderen Gesellschaften geholfen hat. Das um so mehr, als die Bezahler von Sozialunterstützung, solange sie arbeiten konnten, ihre Beiträge zahlten und an der jetzigen Armut der Sozialversicherung unschuldig sind, was man von allerhand Bankiers usw. nicht sagen kann. Wir glauben auch nicht, daß diese Herrschaften, um ihren Instituten Erleichterung zu schaffen, auch nur ein Butterbrot weniger essen, während den Bezahler aus der Sozialversicherung der Brotkorb ganz erheblich höher gehängt wurde. Wir sind ferner der Meinung, daß das Geld zum notdürftigen Unterhalt der Invaliden, Witwen und Waisen, der Arbeitslosen mit ihren Familien doch aufgebracht werden muß; denn verhungern lassen kann man die Menschen nicht. Es fragt sich nur, ob es nicht zweckmäßiger ist, das Geld normalerweise durch die Einrichtungen der Sozialversicherung zu geben, oder

ob Millionen aufgewandt werden sollen für Tumultschäden, wenn man durch rigorose weitere Abzüge die Massen zur Verzweiflung treibt. Man sollte das Vertrauen zum Staat und zur Gerechtigkeit nicht mit Keulen totschlagen, und man sollte die unteren Schichten des Volkes nicht allein der Not und der Pein überantworten.

Nun könnte man einwenden: Das ist alles sehr schön, aber zum Zahlen gehört Geld, und das ist nicht da. Dazu sagen wir folgendes: Niemand kann mit Recht und Nachweis der Arbeiterschaft und ihrer Vertretung, den Gewerkschaften, vorwerfen, daß sie nicht schon bisher weitgehend auf die Not des Vaterlandes Rücksicht genommen hätten. Die christlichen Arbeiter haben das immer getan, in der Vor- und Nachkriegszeit. Beispiele zu Dutzenden könnten angeführt werden. In der Rücksichtnahme und Opferwilligkeit der Not des Vaterlandes gegenüber und in der Treue zu ihm fehlt es seitens der Arbeiterschaft auch jetzt nicht. Das kann man noch lange nicht von allen Schichten des Volkes sagen. Es gibt weite Schichten, die nehmen vom Staat, solange etwas zu nehmen ist, und sie schimpfen und randalieren in dem Augenblick, wo sie anscheinend nicht mehr soviel erhalten können. Das Unternehmertum, die Landwirtschaft, die Banken hatten gute Zeiten; aber auch da jammerten sie und standen mit Forderungen zum Staat. Für die östliche Landwirtschaft wurden hunderte Millionen geopfert, und die Verbraucher opfern tagtäglich für sie, und trotzdem stehen die Herrschaften quer zum Staate. Und als die Banken im Sommer 1931 nicht mehr konnten, da sprang das Reich ein und half, und das nicht so knapp. Und die Arbeiter billigten das. Und jetzt, wo wir im Dalles sitzen, jetzt will sich das Reich drücken? Macht man einen Unterschied zwischen plötzlicher, schlagartig auftretender und schleicher Not? Hilft man nur, wenn Banken die Schalter schließen, und nicht, wenn bei der Sozialversicherung Schalter geschlossen werden müssen? Doch, wird man sagen, es wurde bisher geholfen, aber jetzt geht's nicht mehr. Und wir sagen dagegen: Doch, es geht, wenn man mit ganzem Herzen und überall will, wenn das ganze Volk weiß und fühlt, es handelt sich darum, unvermeidbare und von den Betroffenen unverursachte Not zu lindern, es handelt sich um nationale Not, um Not des Vaterlandes.

Da kann kein Einsatz zu hoch sein. Wer noch in festem Sold steht, muß endlich zum allgemeinen besondern Notopfer herangezogen werden. Wer heute noch 200, 300 und mehr Reichsmark reines Einkommen pro Monat hat, muß nach der Höhe dieses Einkommens noch eine Kleinigkeit tun, um Vaterlandsnot zu lindern. Und wer weiß, daß er nicht arbeitslos wird und daß seine und seiner Familie Zukunft gesichert ist, der sollte das gern und freudig tun; denn er genießt ein Vorrecht, daß heute gar nicht hoch genug gewertet werden kann. Wenn da an Kleidung, Wohnungskultur, Bildung heute etwas weniger getan werden muß, dann sollte man auch diese Opfer zeitweilig auf sich nehmen; denn letzten Endes handelt es sich darum, den Staat zu halten, der diese Wohltaten bis jetzt zu geben in der Lage war.

Wir christlichen Arbeiter verlangen nicht, daß „wohl-erworbene Rechte“ und andere Annehmlichkeiten radikal beseitigt werden sollen. Aber wir erwarten, daß alle Volksgenossen zusammenstehen und helfen, wo die Not so groß ist. Nicht der Sozialversicherung an sich sollen sie helfen, die trägt ihre Normalaufwendungen auch heute noch. Aber die darüber hinausgehenden durch Krieg, Inflation und Weltwirtschaftskrise verursachten Lasten, die müssen unter allen Umständen vom ganzen Volk getragen werden. Reichs-ernährungsminister Schiele schrieb dieser Tage einen Aufsatz mit der Überschrift: „Agrarpolitik ist Sache der Nation“. Die Agrarpolitik schreibt er, müsse eingeordnet werden in die große Linie der Staatspolitik. Gut, was aber den Landwirten recht ist, ist uns Arbeitern billig. Wenn die Landwirte verlangen, daß ihnen Grund und Boden erhalten und ihren Betrieben Rentabilität gesichert wird, selbst um den Preis einer verteuerten Lebenshaltung der Konsumenten, dann verlangen wir Arbeiter Erhaltung unserer Sozialversicherung und Leistungen daraus, die noch menschenwürdig sind. Das sagen wir den Regierungen, den Parlamenten und dem ganzen Volk.

Die Arbeiterschaft aber muß auch selbst mehr und nachhaltiger kämpfen und ringen zur Stärkung ihrer Organisationen. Zusammenschluß, Einigkeit, Mitarbeit, das sind die Notwendigkeiten der Stunde. Es ist höchste Zeit, danach zu handeln.

Ueber das Versammlungswesen in der Krise

II.



Wichtigkeit des Versammlungsbesuches, Pünktlichkeit und Vorbereitungen besprochen wir in der Nummer 20 unseres Verbandsorgans. Wie aber steht es mit dem Leben in den Versammlungen? — Erfreulicherweise haben Niveau und Verarbeitung der zur Debatte stehenden Fragen sich erhöht, die Diskussion zeigt sehr beachtliche Punkte — wie überhaupt eine Gewerkschaftsversammlung durchschnittlich an geistiger Regsamkeit und im Wollen nach vorwärts sich stärker betätigt als die meisten Versammlungen bürgerlicher Interessengruppen. Das „Warum“ zu erörtern ist nicht notwendig; wir haben hier Meinungen nichtarbeiterlicher Schichten wiedergegeben.

Aber dennoch läßt manches noch zu wünschen übrig. Die Zeit schreitet geradezu nach lebendigen Darlegungen über die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Strömungen. Der Geist ist offener für manches geworden. Aber deshalb soll man nicht glauben, nun alle Probleme der Zeit in einem Vortrag servieren zu müssen. Wo man das heutige Leben packt und darstellt, ist es zwar schwer, aber bedeutsam. Wir möchten hier kein Schema für Versammlungsredner aufstellen, aber zwei Punkte dennoch angeben: 1. Der Vortrag muß durchgearbeitet sein; der Zuhörer muß den sogenannten Faden verfolgen können. 2. In jedem Vortrag müssen ein paar Punkte sein, die sich dem Hörer ganz fest ins Gedächtnis eingraben, schlagwortartig. Schlagwort braucht nicht immer Platttheit zu bedeuten. Schlagwort muß Geist und Gefühl

zugleich packen. Damit kann man es allein nicht genug sein lassen. Aber es ist ein Einführungsunterricht.

Wie steht es mit Betriebs- und Branchenversammlungen? Die Wichtigkeit braucht nicht näher dargelegt zu werden. Stehen hier nicht Beruf, Berufsfreude, Fortbildung stets und ständig auf der Tagesordnung? Warum liest man aber so wenig darüber im Verbandsorgan? Wir wissen, daß das Branchenleben in sehr vielen Gruppen gepflegt wird. Manche jedoch liegen „abseits“. Warum aber soll sich im Branchenleben alles „unter dem Siegel der Verschwiegenheit“ vollziehen? Gibt es keine Mißstände mehr in den einzelnen Berufen? Ist auf den Werken alles so in Butter? Oder schreien nicht geradezu manche Zustände in den Betrieben zum Himmel? Die öffentliche Kritik muß mit Abhilfe schaffen.

Erwerbslosen- und Frauenversammlungen sind dringliche Erfordernisse. Unser Christlicher Metallarbeiterverband hat im verflossenen Jahre 153 Frauenversammlungen abgehalten, welche von über 43 000 Frauen besucht waren. Die Konsumentenvereine hatten durchweg in liebenswürdiger Weise dabei für Speise und Trank gesorgt. 948 Erwerbslosenversammlungen unseres Verbandes fanden statt mit einer Kollegenzahl von über 160 000. Diese beiden Arten von Versammlungen binden manche Bande enger. Die Frau muß besonders heute aufgeklärt sein über den Schicksalskampf der Arbeiterschaft, in dem ja auch ihr und ihrer Kinder Schicksal liegt. Je mehr die Frau den Sinn der gewerkschaft-

lichen Organisation als etwas für ihre Existenz unbedingt Notwendiges erkennt, um so besser ist die Gewerkschaft manchen Stürmen gegenüber gesetzt. Größter Wert aber ist ferner darauf zu legen, daß die Frauen auch an den Mitgliederversammlungen teilnehmen.

Deshalb muß auch der äußere Rahmen der Versammlungen auf Mann und Frau abgestimmt sein. Die meisten Gruppen haben Violinen- oder Mandolinenkubs. Prologe gibt es in Fülle und Fülle, Sprechchöre bedürfen nur der Mühe des Lernens. Gesangvereine sind in vielen Ortsverwaltungen. In hundertfältiger Variation kann das herausgestellt werden. Eine Gewerkschaftsversammlung soll auch beweisen, daß ein oft spröder und trockener Stoff in lebendiger Weise und ansprechender Gestaltung dargelegt werden kann. Man spare sich das nicht auf für Jubiläen usw. In irgendeiner Art könnte jede größere Versammlung damit umrahmt werden. Man vergesse nicht das Lichtbild. Das ist einer der bedeutsamen und vor allem einprägsamsten Faktoren im heutigen Leben geworden. Die Gewerkschaft kann darauf auch nicht verzichten. Filme und Diapositive, für unseren Beruf passend, gibt es in Menge. Unser Verband hat eine Reihe Dispositionen mit Bildern aus unserm Beruf herausgegeben: Geschichte des Metallhandwerks; Vom Einbaum zum 50 000-Tonnen-Dampfer; Weltwunder der alten und neuen Zeit; Der König der deutschen Kunstschlosser und andere mehr. Auch unsere Experimental-Vorträge sollten mehr als bisher in Anspruch genommen werden! Einige Ortsgruppen sind dazu übergegangen und werfen die politischen und sozialen

Bildkarikaturen aus unserem Verbandsorgan auf die Leinwand und knüpfen daran einen kleinen Vortrag. Natürlich spielt die Geldfrage auch hier eine entscheidende Rolle. Sparsamkeit ist hier wie überall am Plage. Aber durchweg sind die Kosten für eine gute Ausgestaltung einer Versammlung im oben angegebenen Sinne gering, wenn freudig jede Kraft mit eingeseht wird.

Wir betonten schon im ersten Artikel, daß eine Erbreiterung des Versammlungswesens notwendig sei, um von hier aus neue Impulse der Kollegenschaft zu geben. Manchmal hatte es den Anschein, als sollte das durch Konferenzen aller Art geschehen. Wir unterschätzen nicht die Bedeutung von Konferenzen, sie sind ein wichtiger Ausdrucksplatz; aber ihr Wert darf auch nicht überschätzt werden. Eine gut aufgezoogene und verlaufene Mitgliederversammlung hat mehr Bedeutung für den Verband als einige Konferenzen, zu denen man ein paar führende Kollegen zur Besprechung über meistens doch allgemeine Fragen zusammenholt.

Arbeiterrechte und Arbeiterzukunft stehen heute in Gefahr, von dem aufheulenden Meere der Reaktion verschlungen zu werden. Die Arbeiterschaft muß noch energischer und zielbewusster, fern aller Müdigkeit und Mattigkeit, kämpfen in ihrer gewerkschaftlichen Organisation. Die Festigung und Vertiefung des Kampfesmutts aber müssen wesentlich mit in den Versammlungen gepflegt werden. Sie müssen der Bedeutsamkeit dieser Tage entsprechend ausgestaltet werden. Daran mitzuarbeiten ist Pflicht und Aufgabe aller führenden Kollegen.
Wr.

Bezirkskonferenz des Bezirks Schlesien in Breslau



Zum ersten Male in der Verbandsgeschichte tagte diese wichtige Bezirkskonferenz für Schlesien in der Stadt Breslau. Teilnehmer sind die Hütten- und Walzwerksleute aus der ober-schlesischen Montanindustrie, die Former- und Gießereiarbeiter aus Neusalz, Primkenau, Kogenau und Mallmü. Die Waggon- und Feineisenindustrie ist durch Görlitz und Breslau vertreten. Glatz und Brieg stellen die Betriebe, die ihre Erzeugnisse der Landwirtschaft zum größten Teil zur Verfügung stellen. Die Teilnehmer aus dem Gebiet von Reisse stellen die Vertretung der in Deutschland so wichtigen Maschinen- und Werkzeugmaschinenindustrie. Alle Zweige der Metallindustrie und Metallbranche sind auf der Konferenz.

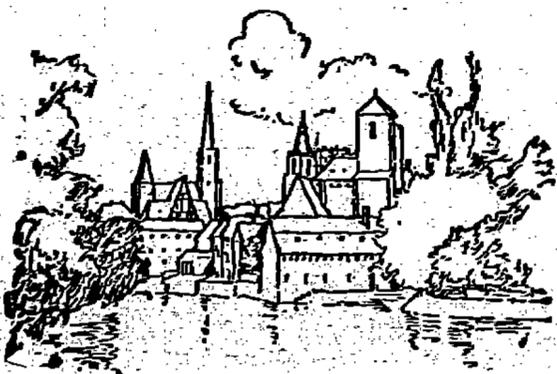
Aus wirtschaftlichen und organisatorischen Gründen hat der Vorstand durch einen Beschluß im Jahre 1929 diesen großen schlesischen Bezirk gebildet, der alle Verwaltungsstellen des Verbandes zur einheitlichen Arbeit zusammenfaßt. Die Notwendigkeit ergab sich mit zwingender Deutlichkeit aus dem Geschäftsbericht, den Bezirksleiter Kollege Trawinski über die geleistete Verbandsarbeit der Jahre 1929 bis 1931 gab.

Ueber die Wirtschaftskrise, die über die Metallindustrie in den schlesischen Provinzen gekommen ist, braucht nicht viel gesagt zu werden. Nur einige Zahlen mögen sie deutlich machen, damit man im übrigen Deutschland erkennt, um was es in Schlesien geht. Es gab arbeitslose Handwerker in der Metallindustrie am 1. Januar 1929: 15 677; am 1. Januar 1930: 20 657; am 1. Januar 1931: 35 257; am 1. Dezember 1931: 38 658. Ende März 1932 betrug die Arbeitslosigkeit

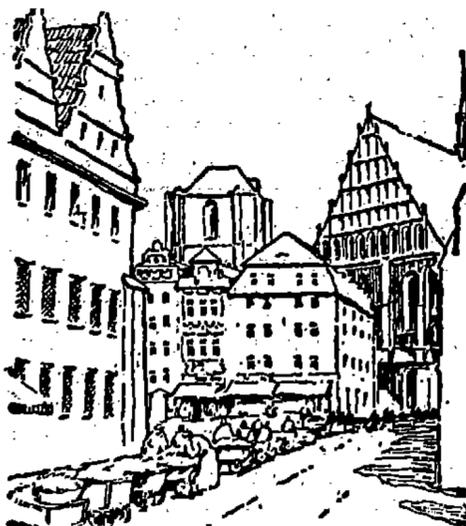
in der schlesischen Metallindustrie 47 744. Hinzu kommt die sehr starke Kurzarbeit. Man schätzt nicht zu hoch, wenn man annimmt, daß noch weitere 25 bis 30% in Kurzarbeit bis zu einem Tage pro Woche stehen. Mehr als die Hälfte der in der schlesischen Metallindustrie Beschäftigten ist völlig arbeitslos, während weitere 25% und mehr in Kurzarbeit stecken. Also eine Arbeitslosigkeit, wie sie in keinem weiteren Bezirk des deutschen Vaterlandes zu verzeichnen ist.

Trotz aller schlechten gewerkschaftlichen Vorzeichen hat unser Verband in Schlesien allenthalben an Boden gewonnen. Bei den Lohnbewegungen und Tarifabschlüssen, die in den drei Jahren gemacht werden mußten, waren wir im Jahre 1929 nur an 11 Tarifen beteiligt. Im Jahre 1930 waren es bereits 15 Lohn- und Rahmenabschlüsse. Im Jahre 1931 konnte diese Zahl auf 21 Tarif- und Lohnabschlüsse gesteigert werden. In den Jahren 1929 und 1930 wurden insgesamt 23 Bewegungen geführt. Die Ursachen waren gegeben in 5 Lohnforderungen. In 8 Fällen wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit angestrebt und in 10 Fällen Verbesserung der Tarifverträge von unserem Verbandsverband verlangt. In diesen zwei Jahren haben die Unternehmern nur in 2 Fällen versucht, Tarifverschlechterungen von den Arbeitern zu fordern, trotzdem im letzten Viertel des Jahres 1930 schon eine Lohnabbauwelle über das ganze Deutsche Reich geht und auch die Metallarbeiter nicht schont. Anders dagegen sieht das Jahr 1931 aus. Hier tritt eine grundsätzliche Wende ein. In 26 Fällen von 31 Lohnbewegungen fordern die Arbeitgeber Lohnkürzungen, die bis zu 30% und mehr in einzelnen Fällen lauten. Nimmt man noch alle sonstigen Forderungen hinzu, als da waren: Akkordregulierungen, Umgruppierung in andere Ortsklassen, Einführung größerer Lohnspannen, Verkürzung der Urlaubsansprüche usw., dann ergeben sich Forderungen von Lohnabbau bis zu 50% und mehr. Hätten wir, so führte der Bezirksleiter in diesem Zusammenhang aus, den Tarifgedanken nicht retten können, dann sähe es um die Lohngestaltung im Jahre 1932 gerade in Schlesien erbärmlich aus. Die Akkorde, die so sehr in den letzten Jahren mitgenommen worden sind, ständen noch schlechter, wenn die Grundlagen derselben nicht im Lohn tarif verankert wären.

Gerade in diesen Notzeiten war die Rechtshütigkeit des Verbandes eine Einrichtung, die Großes leistet, aber auch



Oderinsel in Breslau



Reife, Blick gegen St. Jakob

großen Segen spendet. Von Monat zu Monat wurde sie in den Krisenjahren 1929 bis 1931 von unseren Mitgliedern stärker in Anspruch genommen. In diesen drei Jahren wurden 9227 Auskünfte erteilt, 4553 Schriftsätze angefertigt und 1445 Termine wahrgenommen. An barem Gelde konnten den Kollegen, die den Rechtsschutz in Anspruch nahmen, in den drei Jahren 73 007,77 RM ausgezahlt werden.

Der Bericht über die Mitgliederbewegung zeigte ein Bild angespanntester gewerkschaftlicher Arbeit. In den drei Jahren wurden im Bezirk weit über 3000 Aufnahmen und Uebertritte aus anderen Verbänden gemacht. Diese rege Werbearbeit stärkte die Reihen erheblich. Die anhaltende starke Wirtschaftskrise des Jahres 1931 ließ die Mitgliederzahlen etwas abklingen. Trotzdem muß aber gesagt werden, daß die Arbeitslosen sich als standfeste und treue Mitglieder bewährt haben.

Wollen wir als christliche Metallarbeiter unsere gewerkschaftlichen Aufgaben jetzt und in Zukunft erfüllen, dann gilt es auch in Krisenzeiten, für die Erstarlung unseres Verbandes nach allen Seiten hin zu rüsten. Insbesondere der schlesische Bezirk hat in bezug auf die Beitragsfrage gegenüber anderen Bezirken des Verbandes noch etwas nachzuholen.

Zum Schluß des Berichtes dankte der Kollege Trawinski allen, die sich in der Berichtszeit in den Dienst unseres Verbandes in Schlesien gestellt haben. Er richtete ein besonderes Wort des Dankes an den Kollegen Gorzawski (Gleiwitz), der mehr als ein Jahrzehnt Führer der Ortsverwaltung Gleiwitz war und zu Anfang des Jahres aus unserer Bewegung geschieden ist.

An die Berichterstattung schloß sich eine rege Aussprache, in der die Leistungen des Verbandes und seiner Leitung anerkannt und der Leitung das volle Vertrauen der gesamten Mitgliedschaft ausgesprochen wurde. Zu den Finanzfragen wurde in Ernst und Sachlichkeit Stellung genommen. Man sprach sich aus für eine möglichste Stärkung der Verbandsfinanzen und für eine Umformung der bestehenden Unterstufungen.

Dann sprach der 2. Vorsitzende des Verbandes, Kollege Schmitz, in einer Kundgebung der schlesischen Metallarbeiterchaft über „Autarkie oder internationale Wirtschaft“. Kollege Schmitz setzte sich vor allem mit den Schlagworten auseinander, welche heute die Köpfe verwirren. Eines der schlimmsten Schlagworte ist das Wort „Autarkie“. Das industriell eingestellte deutsche Volk kann an diesen Fragen nicht vorbeigehen, woran vor allen Dingen auch die Metallarbeiter auf das allerstärkste interessiert sind. Die metallverarbeitende Industrie Deutschlands gehört zu den wichtigsten deutschen Exportindustrien. Sie würde bei einer Absperrung der Grenzen den größten Teil ihrer Daseinsberechtigung verlieren und die Arbeiter der Arbeitslosigkeit überantworten. Im Jahre 1929 belief sich die Einfuhr von Waren nach Deutschland auf 13,4 Milliarden RM., während die Ausfuhr ebenfalls 13,4 Milliarden RM. betrug. Im Jahre 1930 dagegen betrug die Einfuhr von Waren nach Deutschland 10,4 Milliarden RM., während die Ausfuhr 12 Milliarden Reichsmark ausmachte.

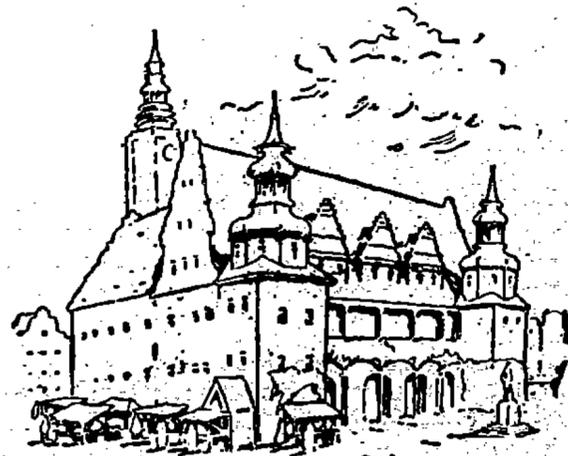
Deutschland hatte Gelegenheit, die Folgen wirtschaftlicher Autarkie kennenzulernen, und zwar während des Weltkrieges,

als die Blockade über Deutschland verhängt war. Aber gerade deshalb ist der Krieg doch verlorengegangen, obgleich sich Deutschland damals in einer viel günstigeren Produktionslage als heute befand. Wir hatten weite Gebiete in Polen, der Ukraine, von Rumänien besetzt. Wir konnten diese Gebiete als Nahrungsmittelproduktionsstätten bearbeiten, da sie uns zur Verfügung standen, und trotzdem war die Lebensmittelkarte und das Reihenstehen an der Tagesordnung. Unter der damaligen völligen Autarkie verhungerte das deutsche Volk und brach das Heer zusammen.

Daß die Landwirtschaft nach Autarkie strebt, ist bei der trostlosen Lage der ländlichen Wirtschaft durchaus begreiflich. Sie verlangt die Schließung der Grenzen, um dann die Lebensmittelpreise diktieren zu können; denn auch ohne Diktat würden die Lebensmittelpreise bei vollkommener Grenzschließung in einer Weise steigen, die der übrigen Bevölkerung, ganz besonders aber der Arbeiterschaft eine unerträgliche Belastung auferlegen müßte.

Dann führte Kollege Schmitz Möglichkeiten an, die ohne Aufrichtung einer Autarkie die deutsche Zahlungsbilanz entlasten können. Möglichkeiten, die darauf hinauslaufen, einen erhöhten Verbrauch eigener Erzeugnisse durchzuführen. Dazu ist aber eine strenge Käuferdisziplin erforderlich, die aufzubringen vielleicht gerade den Anhängern jener Parteien schwer fallen wird, die so viel nach Autarkie rufen. Wenn der deutsche Fernfahrer deutsches Leuna-Benzin in dem Kraftwagen verbrauchen würde anstatt des amerikanischen und russischen Triebstoffes, dann würde die deutsche Zahlungsbilanz um 400 Millionen RM. erleichtert. Außerdem muß die deutsche Landwirtschaft durch Schaffung größerer Meiereien, Abholungsorganisationen und Anlage von leistungsfähigeren Gärtnereibetrieben die deutsche Erzeugung an landwirtschaftlichen Veredelungsprodukten noch ganz wesentlich steigern. Auf all diesen Gebieten kann sehr viel zugunsten der deutschen Wirtschaft geschehen, wenn der gute Wille vorhanden ist. Eine hundertprozentige Autarkie würde Deutschlands Wirtschaft und Industrie dem völligen Ruin preisgeben und die deutsche Arbeiterschaft in ihrem kulturellen Stand um 60 bis 70 Jahre zurückwerfen.

Noch einen wichtigen Punkt behandelte Kollege Schmitz in seinem Referat, und zwar die bedeutsame Frage, ob wir als christliche Gewerkschaftler parteipolitisch neutral seien. Ganz klar stellte er heraus, daß die parteipolitische Neutralität der christlichen Gewerkschaften, insbesondere aber unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes, nach wie vor bestehe. Aus Gründen der Sicherung der gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Existenz der Arbeiterschaft ist es nötig, zu denjenigen Parteien Stellung zu nehmen, zu deren Programm die Zerschlagung der Gewerkschaften gehört. Zugenberg hat es schriftlich gegeben und ganz scharf herausgestellt, daß die Gewerkschaften in Deutschland verschwinden müßten und durch Werkgemeinschaften zu ersetzen seien. Die Hitlerpartei hat wie zu allen Problemen auch zur Gewerkschaftsfrage keine eindeutige Stellung genommen. Schwere Gefahren drohen den Erwerbslosen der Arbeitnehmer. Darum fordern unser Christlicher Metallarbeiterverband und die christlichen Gewerkschaften von allen Parteien in der Gewerkschaftsfrage Klarheit und Wahrheit aber auch Sicherheit. Unser Verband wird alle die Parteien bekämpfen, die den Rechten der Arbeiterschaft feindlich gegenüberstehen. Bruno Trawinski.



Rathaus in Breslau

Verbandsgebiet

Friz Gräber-Verford †

In unserer Ortsgruppe Zerford verloren wir in kurzer Zeit die Kollegen Ciesleit und Wortmann; aber der größte und schmerzlichste Verlust, den wir erlitten haben, war der plötzliche und unerwartete Tod unseres langjährigen Vorsitzenden Friz Gräber. Er war nicht schlechtlin nur ein Vorsitzender, sondern ein Mitstreiter, Freund und Berater seiner Kollegenschaft. Er hat in dem letzten Jahrzehnt auch die schwierigste Lohnverhandlung miterlebt und mitberaten. Nur diejenigen können den großen Verlust ermessen, die ihm nahe gestanden haben, die mit ihm um christlich-nationale Ideen gekämpft haben. Erinnert sei hier nur an den 9. Januar 1932, wo er noch mit großer Begeisterung und Liebe das 25jährige Silberjubiläum der Ortsgruppe Zerford leitete. Sein Treuegeldnis zum Führer ist und bleibt ein Erlebnis, denn bei ihm war christlich-national kein leerer Wahn. Dies bewies auch das Begräbnis, bei dem Hunderte von Teilnehmern sich einfanden, den toten Führer, Freund, Nachbar usw. zur letzten Ruhe zu begleiten. Für unseren Verband legte unser Kollege Flemisch einen Kranz nieder. Wir alle im Christlichen Metallarbeiterverband werden Friz Gräber als einen wahren christlich-national gesinnten Mann nie vergessen! H.

Generalversammlung in Berlin-Tegel

Der Geschäftsbericht über das verfloßene Jahr, der von dem 1. Vorsitzenden Kollegen Gebhard erstattet wurde, zeigte auf, daß das Jahr 1931 für die Arbeiterschaft ein opferreiches Jahr war. Die ungeheure Wirtschaftskrise, die am Schluß des Jahres auch die Zahlungseinstellungen der Firma Borfig brachte, wirkte sich dadurch für die Tegel Ortsgruppe besonders empfindlich aus. Am Jahreschluß 1931 hatten wir in unserer Ortsgruppe nur noch eine kleine Zahl in Arbeit stehender Mitglieder. Alle übrigen waren arbeitslos. Da nun infolge dieser Dinge die Werbung neuer Mitglieder sehr stark erschwert war, wurde der Schulung des Vertrauensmännerapparates ein besonderes Augenmerk zugewandt. Die Ortsgruppe ist in mehrere Bezirke eingeteilt. An der Spitze dieser Bezirke steht je ein Obmann, dessen Hauptaufgabe darin bestand, die Arbeit der einflussreichen Vertrauensleute zu unterstützen. Austritte waren infolge dieser Bezirkseinteilung fast gar nicht zu verzeichnen.

An den Geschäftsbericht schloß sich der Jahreskassenbericht, den unser Kassierer Kollege Grabow gab, an. Aus demselben ging hervor, daß trotz der wirtschaftlich schwierigen Lage die Ortsgruppenkasse einen kleinen Uberschuß zu verzeichnen hatte.

Die dann einsetzende Aussprache wurde von unserem Geschäftsführer Kollegen Duden eröffnet, der der Ortsgruppenleitung den Dank der Ortsverwaltung für die im Berichtsjahr geleistete Arbeit abstattete. Er verband damit die Bitte, auch in diesem Jahre für unseren Christlichen Metallarbeiterverband weiter zu arbeiten. In der dann folgenden

Vorstandswahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Mit einigen Dankworten und der Bitte um weitere treue Mitarbeit auch im neuen Geschäftsjahr wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden geschlossen. Friedrich Zimmermann.

Generalversammlung Mainz

Im Kolpinghaus (Ketteleraal) zu Mainz hatten sich die Mitglieder mit ihren Frauen zur Generalversammlung zahlreich eingefunden. Der Vorsitzende Kollege Decker begrüßte die Versammlung, besonders den Redner, Bezirksleiter Kollegen Wesp, und Geschäftsführer Kollegen Franz sowie den alten Kollegen Reitebuch, den Gründer der Mainzer Ortsgruppe. Er wies auf den Ernst der Zeit hin und betonte, gerade jetzt treu zur Gewerkschaft zu stehen.

Den Kassen- und Geschäftsbericht erstattete der Geschäftsführer Kollege Franz (Mainz), aus dem zu ersehen ist, daß trotz Wirtschaftskrise es in der Verwaltungsstelle in der Mitgliederbewegung vorwärts gegangen ist. Gegenüber dem Jahre 1930 konnten wir 2000 Beitragsmarken mehr verkaufen. Neben der Lohn- und Tariffbewegung konnte noch vieles für die Mitglieder auf dem Gebiete des Rechtsschutzes geleistet werden. Nach einem Dank an die Vorstands- und Delegiertenmitglieder und einem Ausruf, weiter dem Verbands die Kräfte zu leihen, schloß Kollege Franz seinen Bericht über das verfloßene Jahr.

Nach kurzer Aussprache wurde beim Punkt Vorstandswahl der bisherige Vorstand bis auf einige Ausnahmen einstimmig wiedergewählt. Der 1. Vorsitzende ist wieder der unermüdblich auch als Betriebsrat für den Verband tätige Kollege Decker (Mainz-Welschenau).

Bezirksleiter Kollege Wesp, M. d. L., referierte sodann über „Die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften in der Gegenwart“. Mit einem Dank von der Hauptverwaltung für geleistete Arbeit schloß der Bezirksleiter mit der Aufforderung, weiterzuarbeiten im Entscheidungsjahr 1932. Der lebhafteste Beifall und die Aussprache zeigten, daß die christlichen Metallarbeiter der Verwaltungsstelle Mainz den Verband weiter vorwärts bringen wollen. Nach Erledigung interner Punkte konnte Kollege Decker die anregende Jahreskonferenz schließen.

Quirin Frosch, Kostheim.

Oberndorf am Neckar berichtet

Im Gasthaus zum Adler, bei Kollegen Rapp in Oberndorf, fand eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung unserer Ortsgruppe statt. Der 1. Vorsitzende Kollege Alfr. Schweizer begrüßte herzlich die Kollegen. Erfreulich war, daß neben den Alten auch die Jugend stark vertreten war, ein Zeichen, daß ein reges Interesse an unserer Sache vorhanden ist. Kollege Anton Meßmer, Geschäftsführer in Schramberg, erstattete



Theodor Mügge

XXII.

„Die evangelische Brüderschaft und alles, was zittern macht, läuft ihnen grausig dabei über“, lachte Göt. „Seit Herzog Ulrich ein Bauernbruder geworden ist, und seit die Bauern mit Fahnen und Spießen vom Schwarzwald herunterkommen, hat der Abjehu sich verdoppelt.“

„Niemand will sein Eigentum hinwerfen“, sagte Graf Georg, „ich will es auch nicht.“

„Es sei denn, daß es eben nicht anders geht“, meinte Herr Göt.

„Und ob es gleich wahr sein mag, daß der Adel bei seiner Sache auf des Volkes Sache in Billigkeit Bedacht zu nehmen hat, so darf man doch nichts übereilen und nicht zu weit gehen.“

„Ei!“ rief Göt und schlug mit seiner eisernen Hand auf, „ich habe auch ein Herz für die Leiden armer Leute, mehr als ein feuzender, betender Fürst; bin frisch daran gewesen, manchen gegen Unrecht zu helfen, und möcht's dem Schwäbischen Bunde und dem Pfaffenknecht, dem Truchseß, von Herzen gönnen, wenn Ulrich und die Bauern ihnen die Jacken klopfen. Soll aber der Adel für des Volkes Sache gewonnen werden, muß man nicht damit anfangen, ihn beschädigen zu wollen. Wird das Pfaffengut geschöpft, wird's viele geben, die mit anfassen, doch im eigenen Wald mag niemand die fremde Art haben.“

Florian stand auf, es war ein düster Feuer in seinen Augen. „Es gilt keinen Raub zu tun“, sagte er, „sondern Gottes Gerechtigkeit. Die

Art habt Ihr längst geschliffen, nun wahr! Euch davor. Den einen Baum des Unrechts könnt Ihr nicht fällen, der Wald muß nieder. Ihr wollt bedenken und klügeln, wollt sagen, Recht mag sein, aber wir müssen uns hüten, es wahr zu machen. Es wird wahr werden ohne Euch, Ihr werdet nicht widerstehen können, Gottes Macht wird größer sein als Menschenwille.“

„Was sind das für Schwärmerereien, Florian!“ rief Graf Georg besorgt und unwillig. „Ich bitte dich, sei vorsichtig.“

„Ich bin kein Schwärmer“, antwortete Florian, „aber ich will nicht nein sagen, wo ich ja sagen soll. Wahrheit soll nicht in meinem Munde zur Lüge, warm soll nicht kalt werden, und Recht soll Recht bleiben!“



Wahrheit soll nicht in meinem Munde zur Lüge
warm soll nicht kalt werden und Recht soll Recht bleiben!

Bericht über die Bezirkskonferenz. Seine Ausführungen waren temperamentvoll und interessant. Er wies vor allem auf die drohenden großen Kämpfe um die Stellung der Arbeiterschaft hin und forderte eine möglichste Stärkung der Verbandsfinanzen. Die Kollegen stimmten seinen Ausführungen zu, denn sie haben die Notwendigkeit eines schlagkräftigen Christlichen Metallarbeiterverbandes eingesehen. In der Diskussion kamen verschiedene Fragen, welche die Ortsgruppe betrafen, zur Sprache und wurden in sachlicher Weise erledigt. Auch hier in Oberndorf wollen wir bei der Frühjahrsagitiation unsern Mann sehen. Grimm.

Jubiläumsfester in Lendersdorf

Um die 25jährige Mitgliedschaft der Kollegen Leo Stelger, Peter Dünster, Johann Jacobs und Josef Plum im Christlichen Metallarbeiterverband zu ehren, veranstaltete unsere Ortsgruppe vor kurzem eine imposante Festversammlung. Kollege Otten konnte als Ehrengäste begrüßen die Herren Pfarrer Seinen und Vikar Silkebrandt sowie Herrn Arbeitsamtsdirektor Sauren, von den christlichen Gewerkschaften Dürren die Kollegen Holz, Meisenberg und Ruffer sowie den Redner des Festabends, Verbandssekretär Kollegen Ungert (Duisburg). Besonders herzliche Worte galten den Jubilaren. Märsche, ein trefflicher Prolog und Chöre, vorgetragen vom Männergesangsverein Lendersdorf unter Stabführung seines Dirigenten Herrn Lehrers Wackerzapp, eröffneten die Ehrengastversammlung.

Kollege Ungert überbrachte zuerst den Jubilaren die persönlichen Grüße des Verbandsvorsitzenden, des Hauptvorstandes und der Bezirks-

leitung und gab dann in seinem Vortrage ein Bild über den Aufstieg der Arbeiterschaft, aber auch der Kämpfe, die noch bevorstehen. Nach herzlichen Worten an die Jubilare überreichte er jedem die silberne Verbandsnadel und ein Ehrendiplom. Hierauf sprach Kollege E. Müller die Glückwünsche des Ortsverwaltungsvorstandes den Jubilaren aus und widmete gleichzeitig den Frauen der Jubilare ehrende Worte. Der nunmehr einsehende gemütliche Teil wechselte ab mit Gesang und Musikvorträgen sowie Rezitationen ernster und heiterer Art.

Gemeindevorsteher Kollege Leo Stelger sprach den Versammelten im Namen der Jubilare den besten Dank für die Glückwünsche und Ehrungen aus, die ihnen zuteil geworden seien. Er betonte dabei, daß alle Jubilare unentwegt an der Erstarfung des Christlichen Metallarbeiterverbandes und der gesamten christlichen Bewegung wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft arbeiten wollen, weil nur durch engen Zusammenschluß die Arbeiterschaft ihre Interessen sowohl gegenüber dem Staat wie auch der Wirtschaft wahren könnte.

Am Schluß der Veranstaltung nahm der Geschäftsführer des Christlichen Metallarbeiterverbandes, Ortsverwaltung Dürren, Kollege Holz das Wort und stellte die Jubilare der Jugend als Vorbild dar. Die anwesenden Mitglieder und deren Frauen ermahnte er, den Gewerkschaftsgedanken weiterzutragen und dadurch mitzuarbeiten an dem weiteren Aufstieg des arbeitenden Standes. Nach kurzen Dankesworten an den Dirigenten sowie an die Mitglieder des Männergesangsvereins und der Musik, die zur Verschönerung der Fester beigetragen hatten, schloß er den glänzend verlaufenen Abend. A. H.



Um die Richtsätze der Wohlfahrtsunterstützung

Die Ortsverwaltung Duisburg unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes hat, nachdem die Wohlfahrtsunterstützungs-Richtsätze erneut herabgesetzt worden sind, an die Reichsregierung unterm 18. Mai folgende Eingabe gerichtet:

Wir gestatten uns, der Reichsregierung folgendes zu unterbreiten mit der höflichen Bitte, das von uns Vorgetragene wohlwollend zu prüfen und unseren Anträgen möglichst stattzugeben.

Die Stadt Duisburg-Samborn hat erneut die Wohlfahrtsunterstützungs-Richtsätze herabgesetzt, und zwar sollen ab 15. Mai 1932 erhalten: das Familienhaupt 34 RM (bisher 36 RM), die Ehefrau 17 RM (bisher 18 RM), ein Kind 14 RM (bisher 14 RM).

Am 1. Dezember 1928 haben die Unterstützungsrichtsätze betragen: für das Familienhaupt 43 RM, für die Ehefrau 20 RM, für ein erwerbsfähiges Kind über 14 Jahren 20 RM, für ein Kind unter 14 Jahren 16 RM.

Mit den bisher gezahlten Unterstützungsätzen waren die Familien und auch die Einzelpersonen nicht mehr in der Lage, ihren notwendigsten Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Folge war, daß in der Hoffnung auf

bessere Zeiten Schulden gemacht werden mußten, die abzutragen selbst dem sparsamsten Menschen nicht möglich ist. Die weitere Reduzierung der Unterstützungsätze verschlimmert die Lage dieser armen Menschen bis ins Unerträglich.

Von den außerordentlich ungünstigen Arbeitsmarktverhältnissen wird Duisburg-Samborn besonders hart betroffen, waren doch am 1. Mai 1932 50 189 Parteien mit 115 291 Köpfen vom Wohlfahrtsamt zu unterstützen, vom Arbeitsamt 24 682 Parteien mit 54 415 Köpfen.

Die Reduzierung der Wohlfahrtsunterstützung bedeutet neben der erheblichen Verschlechterung der Lebenslage für viele tausend Familien eine weitere Einschränkung der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse.

Bei Beurteilung der Unterstützungs-Richtsätze könnte der Einwand erhoben werden, seit 1928 seien der Lebenshaltungsindex und auch die Einnahmen der übrigen Volksschichten in etwa gleichem Maße gesenkt worden. Zahlenmäßig mag das zutreffen. Es ist aber unmöglich, einem Menschen, der an der untersten Grenze steht, den gleichen Abzug zuzumuten zu wollen wie einem Besseren und Festbesoldeten. Für diesen ist ein Abzug von 3 RM vielleicht noch, ohne hungern zu müssen, tragbar. Für den Unterstützungsempfänger jedenfalls nicht.

Damit ging er stolz hinaus; es hielt ihn keiner. „Ich werde mich von beleidigenden Worten solcher Art nicht irren lassen!“ rief Graf Georg ihm nach. — Oßy Berlichingen lachte. „Er war von jeher ein Tugendheld“, sagte er, „sieht auch auf mich als solcher herunter.“

Nur der alte Ritter war Florian nachgegangen, drückte ihm die heiße Hand und sprach leise: „Recht soll nicht untergeh'n, helf' Gott dazu, Florian Oeyer!“

An demselben Abend war aber auch im Schlosse bei dem Bischofe eine Zusammenkunft, zu welcher der Fürst die Mitglieder seiner Familie und seine vertrauesten Freunde und Diener vereinigt hatte. Es war eine Art Familienfest, und seit langer Zeit hatte man den gnädigen Herrn nicht so froh gesehen. An der Tafel saß er zwischen seiner Schwester und Hildegard, die er mit zärtlichen Liebsworten überhäufte; auf der anderen Seite des Fräuleins hatte jedoch Eustach von Thüngen seinen Platz und bestrebt sich, nicht weniger angenehm und aufmerksam zu sein. — Die Familie und die Freunde wußten seit langer Zeit, welche Absichten der Bischof und die nächsten Verwandten mit diesem jungen Paare hegten, und da Eustach am folgenden Tage Würzburg verlassen wollte, meinten viele, es sei heute auf die Veröffentlichung eines glücklichen Ereignisses in diesem gewählten Kreise abgesehen. Die Blicke richteten sich daher um so schärfer auf beide, und man flüsterte sich halblauter Scherze und Bemerkungen zu, die im voraus ankündigten, daß man auf alles vorbereitet sei.

„Du mußt uns leider schon wieder verlassen, mein lieber Eustach“, sagte der Bischof endlich, und es verbreitete sich eine allgemeine Stille, „was uns allen gewiß sehr leid tut, zumelst jedoch sicherlich unserer teuren Hildegard, welche schon sehr betrübt darüber aussieht.“

Hildegard sah jedoch nichts weniger als betrübt aus. Ihre Augen strahlten, und um ihren Mund spielte ein übermütiges Lachen. „Ich unterdrücke meine Betrübniß, gnädiger Oheim“, antwortete sie, „da Eustach mich verläßt, seinen Ruhm zu vermehren.“

„Und bald wiederkehren wird“, fiel Eustach ein, „denn mit diesen Missetätern werde ich kurze Arbeit machen.“

„Strafe sie, mein Sohn, strafe sie!“ rief der Bischof, „und dann komm' und empfang' meinen Segen; belohnen — ja belohnen wird dich Hildegard!“

Er hielt einen Augenblick inne und fuhr fort: „Meine lieben Freunde, ihr wißt, daß diese teuren, jungen Verwandten meine größte Lebensfreunde sind, ihr Glück mein liebster und höchster Wunsch ist. Daher habe ich beschlossen —“

„Halt! mein gnädiger Oheim“, fiel Hildegard ein und küßte seine Hand, „ich bitte inständigst, meinem verehrten Vetter leht noch nicht zu verraten, was Ihr beschlossen habt. Er würde über sein Glück seinen Ruhm vernachlässigen, und auch ich, ich würde dann zu viel an ihn denken müssen, ihn wohl gar nicht fortlassen wollen. Wir dürfen ihm diese Abschiedsstunde nicht schwer machen.“

Ihre Bitten hatten so viel Komisches, und ihre Blicke flogen so mutwillig umher, dabei aber leuchteten sie so entschlossen, und ihre Macht über den zärtlichen Oheim war so groß, daß er davon bezwungen in die Fröhlichkeit einstimmte. „Ei, du übermütiges Fräulein“, rief er, „wilst du dich noch nicht geben? Willst du die lehte Zeit gewinnen, bis Eustach wiederkehrt?“

„Dann soll die gnädige Gesellschaft alle Geheimnisse erfahren“, sagte Hildegard. „Nicht wahr, Eustach?“

„Wenn du es befehlst, so geschehe dein Wille“, antwortete er.

„So sei es, galanter, ritterlicher Vetter! — Glück sei auf deinen Wegen und auf den meinen bis zu unserer Vereinigung!“

Die Verwandten und Freunde erhoben sich. Ohne Verlöbniß war doch erklärt, was nicht erklärt werden sollte, und unter vielen fröhlichen Scherzen und Wünschen, welche Hildegard zu erwidern wußte, wurde das Mahl endlich geschlossen. —

Eine Stunde darauf stand der Page in einem der Nebensäle allein an einem der hohen Fenster hinter dem schweren Vorhang. Er war zum Teil Zeuge der Vorgänge an der Bischofstafel gewesen, nun blickte er über die in Nacht gehüllte Stadt fort, aus welcher da und dort ein Lichtschein flimmerte. — „Meiner Treu!“ sagte er leise lachend in sich hinein, „ich möchte den anmaßenden, hochmütigen Amtmann auch nicht eher nehmen, bis ich müßte, sondern würde auf meine lehte gute Stunde hoffen. Und das tut sie sicherlich; ich sah es an ihren stolzen, höhnerden Augen. Doch als sie sich beide Glück wünschten, ließ's nicht wie Spott und Schimpf um ihre Lippen? Ach! arme, kleine Christine“, flüsterte

Unerträglich ist der Zustand, daß bei Festsetzung der Unterstützungshöhe keine Stadtverwaltung bzw. kein Stadtverordnetenkollegium mitwirkt. Es ist unbedingt notwendig, die zuständigen Stellen mit dieser Aufgabe zu betrauen und nicht einzelne Oberbürgermeister oder Wohlfahrtsbevollmächtigten allein über das Schicksal tausender Familien entscheiden zu lassen.

Des Weiteren sei darauf hingewiesen, daß die gezahlten Unterstützungssätze in keinem Verhältnisse zu den gezahlten Pensionen der Beamten stehen. (Wir wollen es unterlassen, Vergleiche anzustellen.) Dieses ist um je ungerechter, weil:

1. die Unterstützungsempfänger nicht die Schuld an ihrer Arbeitslosigkeit tragen, diese vielmehr eine Folge des Krieges ist und die gesamte Bevölkerung verpflichtet werden muß, den davon betroffenen Opfern zu helfen;
2. die Unterstützungsempfänger die Mittel für die Unterstützung zum allergrößten Teil unter schweren Opfern selbst ausbringen mußten, während die Kosten für die bedeutend höheren Beamtenpensionen von allen Steuerzahlern getragen werden.

Wir bitten darum die Regierung höflichst, wenn möglich auf dem Verordnungswege eine Änderung herbeizuführen, und zwar in der Form, daß:

1. die Städte angewiesen werden, die Unterstützungen in der alten Höhe weiter zu zahlen;
2. bei Festsetzung der Unterstützungssätze die zuständigen Verwaltungen bzw. Kollegien entscheiden;
3. die Kosten für die Pensionen der Beamten durch Beiträge selbst aufgebracht werden, und zwar in demselben Verhältnisse wie in der Angestellten- und Invalidenversicherung.

Wir glauben, aus Gerechtigkeitsgründen diese Forderungen erheben zu müssen, denn es ist höchst ungerecht, einem Stand, der an sich schon am finanzschwächsten ist, die größten persönlichen Opfer aufzubürden. Wenn keine Mittel mehr vorhanden sind, um die künftigen Wohlfahrtsunterstützungssätze in alter Höhe zu zahlen, so muß andererseits verlangt werden, daß die bedeutend höher unterstützten Beamtenpensionäre zur Aufbringung der hierzu benötigten Mittel selbst mit beitragen." C.

Branchenbewegung

Kauft nur deutsche Nähmaschinen!

Es wird in der gegenwärtigen Zeit immer soviel geschrieben von einer Ankurbelung der deutschen Wirtschaft. Es heißt auch, wir müßten die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß eingliedern. Das sind alles sehr nette Vorsätze; aber innerhalb unseres deutschen Vaterlandes müssen wir feststellen, daß noch sehr viele unnötige Auslandsprodukte gekauft werden. So auch in der Nähmaschinenbranche. Dort könnte die Abnahmefähigkeit noch ganz bedeutend erhöht werden, wenn sich die deutschen Familien entschließen könnten, bei ihren Einkäufen die deutsche Produktion zu bevorzugen. Die deutsche Fabrikation der Nähmaschinen befindet sich u. a. in Bielefeld, Kassel, Dresden, Sarburg, Magdeburg, Altenburg, Frankfurt a. M., Saalfeld usw.

Es ist eine erwiesene Tatsache, daß die deutsche Nähmaschine ein qualitativ hochstehendes Fabrikat ist. Das beweist auch, daß Deutschland wieder an führender Stelle in der Nähmaschinenausfuhr steht. Deutschland steht an erster Stelle, und erst in größerem Abstände folgen Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Kanada. Das viertgrößte Ausfuhrland Kanada weist nur etwa ein Sechstel der deutschen Nähmaschinenausfuhr auf. Das alles beweist, daß die deutsche Nähmaschine ein Erzeugnis vorbildlichster Konstruktion und Güte darstellt. Der Siegeszug, den dieses deutsche Erzeugnis in der ganzen Welt angetreten hat, berechtigt zu dem Wunsch, daß im deutschen Haushalt in Zukunft nur mit heimischen Nähmaschinen genäh und gestickt wird; denn mit jedem Kauf eines deutschen Erzeugnisses schaffen wir heute notleidenden Volksgenossen Arbeit und Erwerb. Es wäre zu wünschen, daß es nicht nur beim Vorjah bleibt, sondern daß alle Deutschen nicht nur in

der Not, sondern zu allen Zeiten zusammenhalten im Interesse der deutschen Nation.
M. Hiemisch, Bielefeld.

Elektriker Regensburg

Die Mitglieder der Elektrobranche unserer Ortsverwaltung Regensburg hielten eine sehr eindrucksvolle Kurzausschlusfeier ab. Nach einigen gemeinsamen Liedern und sehr flott gespielten Musikeinlagen des Verbandsorchesters konnte Jugendleiter Kollege Jostl die Kurjusteilnehmer begrüßen. Kollege Singer trug sehr wirkungsvoll Christoph Wieprechts Prolog „Schäufler im Lande der Zukunft, wach auf!“ vor. Anschließend sprach Kollege Zihler über „Jugend und Beruf“. Er stellte im besonderen heraus, daß die Berufe allgemein einer Unterbewertung unterworfen sind, daß Berufsfreude und Berufswert oft ziemlich tief gesunken sind. Unser Christlicher Metallarbeiterverband hat neben dem Ringen um menschenwürdige Arbeits- und Lohnverhältnisse die berufliche Durch- und Fortbildung seiner Mitglieder immer in den Vordergrund gestellt. Darauf sprach Herr Studienrat Weigert über das Thema „Jugendnot und Jugendrettung“. Auch seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Besonderer Dank wurde dem Elektromeister Kollegen Frisch für die Leitung der Kurse gezollt. 16 Wochen lang hat er in nimmermüder Arbeit versucht, unsere Kollegen in das große und weite Gebiet der Elektrizität einzuführen. Der Dank an den Verband wird von unseren Kurjusteilnehmern dadurch zum Ausdruck kommen, daß jeder Teilnehmer ein neues Mitglied für unseren Verband wirbt. Mit Liedern und Musikvorträgen wurde die Feier beendet. Sie war ein Beweis dafür, daß auch in der beruflichen Fortbildung der Metallarbeiterjugend unser Verband führend ist. Z.

er, „dort unten am Stephanistor flackert dein Lämpchen, doch bei ihm lüht ein lieber, treuer Gottesengel.“

„Hinter sich hörte er zwei Stimmen reden und schwieg. — Du bist wahrlich ein seltsam Gebild, weiße und aufrichtige Hildegard, solltest aber dennoch wohl bedenken, was du tust“, sagte die eine Stimme.

„Es ist alles wohl bedacht, tugendhafter Vetter“, erwiderte die andere, „ich hoffe dich davon zu überzeugen.“

„Selbst nach allem, was ich dir mitteilte!“

„Selbst jetzt noch, edler Eustach, der du mit so vieler Großmut mir meinen Jammer zeigtest.“

„Daß ein Elender dich betrog, der, was du um ihn tust, wahrlich nicht verdient.“

„Trotzdem und alledem will ich nicht ablassen. Das ist seltsam, lieber Eustach, und doch ist es so und soll so sein.“

„Es kostet mich ein Wort“, sagte Eustach drohend.

„Aber du wirst es nicht aussprechen. Was könntest du auch sagen“, fügte sie stolzer hinzu, „was ich nicht selbst sagen würde. Und glaubst du nicht, daß würdest mich zu des Bischofs Füßen und riefst: Laßt mich verzweifeln und sterben ohne ihn! er mich aufheben würde!“

Eustach schwieg.

„Es wird nicht geschehen“, fuhr sie fort, „aber du weißt, daß ich es vermöchte, und somit geh, lieber Eustach, und komm nicht wieder. Das ist alles, was ich von dir verlange.“

„Das scheint dir wenig zu sein!“ sagte er traurig.

„Fröhlich, fröhlich, Eustach!“ lachte sie. „Ich denke, wir kennen uns beide gut genug und werden nicht heucheln wollen. Du kannst es mir aufrichtig anvertrauen, daß du mich von ganzem Herzen verabscheust.“

„O, Hildegard!“

„Mit allem Recht“, fuhr sie fort, „ich habe nicht das geringste dagegen einzuwenden. Bei alledem bleiben wir gute Freunde, die sich gegenseitig Dienste leisten. Ich mache dich zu meinem Ritter, du sollst dich und mich rächen.“

„An wem?“ fragte er.

„Kärri sche Frage! Nimmt er dein Eigentum, nimm ihm das seine. Ist das nicht Gerechtigkeit, lieber Eustach, und obenin deines Herzens geheimer Wunsch? Oder hast du Furcht?“

„Wie!“ rief Eustach, „das rästst du mir!“ Dann setzte er mit ausbrechendem Hohn hinzu: „Wenn das dein Gebot ist, so kann es geschehen.“

„Ein Wurm, der um meinen Fuß kriecht und mich stechen will“, sagte sie verächtlich, „aber für dich ein Triumph, Eustach, den du würdig feiern wirst.“

„Nicht mehr als du“, erwiderte er. „Ich will es überlegen, Teuerste, und will, wenn es mir gelingt, sie verschwinden lassen, als wäre ich ein Dombherr oder ein Abt.“

„Das erwarte ich von dir, es mußte längst deine wohlbedachte Absicht sein. Doch jetzt laß uns zurückkehren und frohen Abschied nehmen: Wann willst du reisen?“

„Morgen.“

Es traten andere Personen herein, und beide entfernten sich. Der Page schlüpfte aus seinem Versteck hervor und flüsterte verwundert: „Was ist das für ein teuflisch Werk! Wer soll es verstehen!“

* * *

Am folgenden Tage war in der Hofburg eine ungewöhnliche Bewegung. Der Bischof hatte zwei Nachrichten erhalten, die ihm und seiner Umgebung große Freude bereiteten. Der Truchseß hatte den Herzog Ulrich so hart und übermächtig bedrängt, und Stuttgart war von dem Grafen Ludwig von Helfenstein so tapfer verteidigt worden, daß Ulrich eiligst zurückwich. Er hatte seine Unfähigkeit abermals beglaubigt und seine Treulosigkeit nicht minder, denn den Bauernführern, die ihm zugezogen hatte er nicht gehalten was er beschworen. Zugleich aber riefen die Schweizerkantone ihre Angehörigen zurück, bei Strafe von Leib und Leben; denn über die Alpen war die Kunde von dem großen Siege gekommen, den der Kaiser über das französisch-schweizerische Heer bei Pavla erfochten, und daß der König der Franzosen gefangen, die ganze Kriegsmacht vernichtet sei.

(Fortsetzung Seite 335.)

Arbeitsrecht Sozialversicherung

Nummer 6

Duitsburg, den 28. Mai 1932

Nummer 6

Grundfragen des Schlichtungswesens



Die Rettung vor der großen Wirtschaftsnot und die Neuordnung des sozialen Gesellschafts-, Staats- und Wirtschaftslebens sind die wichtigsten Aufgaben der Zeit. Obschon die erstere die dringlichste ist, wird jedoch die zweite am meisten erörtert, leider in ablehnendem und in rückwärtsgerichtetem Sinne. Im Vordergrund dieser Auseinandersetzungen steht insbesondere die Frage, ob die in der Nachkriegszeit begonnene soziale Neuordnung, vor allem das neue Arbeitsrecht, entweder weitergeführt oder wieder zurückgerichtet werden soll. Namentlich stehen hier die Kernstücke dieser Errungenschaften in Frage.

Ein solches Kardinalproblem ist unser Schlichtungswesen. Die mit ihm unmittelbar und mittelbar zusammenhängenden Fragen greifen tief und hoch, breit und lang in fast alle Positionen des Gemeinschafts- und Einzelnebens und sie sind der umstrittenste Gegenstand des sozialen Tagesstreits. Grundsätzlich und weltanschaulich stoßen hier zusammen Geister und Ideen des Individualismus und des Kollektivismus, Klassenherrschaft und Klassenkampf, brutales Machtrecht und soziale Gerechtigkeit. Politisch wühlen diese Erörterungen tief in den Fragen über Aufgaben und Befugnisse, Macht und Form, Inhalt und Wohlergehen des Staates sowie in Verfassung, Gesetzgebung, Verwaltung, Rechtsprechung usw. Von der überragenden Bedeutung des Schlichtungswesens für das wirtschaftliche und soziale Gemeinschaftsleben und damit auch für unser ganzes Kulturleben braucht hier nichts gesagt zu werden, weil dieses schon genügend geschehen und unsern Mitglieðern noch mehr durch eigenes Erleben bekannt ist. Leider ist, ja mußte unser Schlichtungswesen schon stark praktiziert werden, ohne daß näher bekannt war, welches seine wahren Träger und seine stärksten Stützen sind, welche sicheren Beweggründe, Zwecke und Ziele zu ihm drängten. Unkenntnisse und Mängel, Mißbräuche und Willkür hatten daher bei dieser Neueinrichtung leichtes Spiel, leider nicht nur im sozialen Streit der Parteien und der Öffentlichkeit, bei praktischer Anwendung und Auslegung, sondern auch stark in der Rechtswissenschaft.

Es ist darum eine neue, nicht hoch genug zu schätzende Leistung von Dr. Wilh. Herschel, Professor am Staatlichen Pädagogischen Institut Köln, daß er in seinem Buche „Grundfragen der Schlichtung im Lichte der Rechtswissenschaft“ den mutigen Versuch unternommen hat, klärend, richtunggebend und vorstoßend diesem Mangel zu begegnen. Das Buch ist erschienen als 28. Heft der Schriften des Instituts für Arbeitsrecht an der Universität Leipzig (Verlag: Reimar Hobling, Berlin; zu beziehen durch unseren Christlichen Gewerkschaftsverlag). Professor Dr. Herschel ist uns durch seine einschlägige schriftstellerische, Lehr- und gutachtende Tätigkeit gut bekannt. Das gesamte deutsche Arbeitsrecht, seine Pflege, Ausgestaltung und Fortentwicklung und besonders wir und unsere ganze Bewegung haben ihm viel zu danken. Aber auch ganz davon abgesehen, verdient diese neueste Tat besondere Würdigung.

Im ersten Abschnitt wird die Aufgabe der Rechtswissenschaft zu diesem Problem treffend, klar und prägnant herausgestellt. Was soll sie tun zu dem, was ist; was soll sie nicht tun; höchstens was kann sie tun zu dem, was werden soll, nämlich nur helfen, aber nicht von sich aus entscheidend um- oder gar neugestalten. Die dann folgende Begründung der Schlichtung als vordringlich gefällt uns leider nicht. Ihre Notwendigkeit für Volk, Staat und Wirtschaft sowie für den Gemeinschaftsgedanken, der im neuen Deutschland herrschen und Recht an Stelle von Gewalt setzen soll, hätte hier u. E. mehr oder überhaupt Erwähnung verdient. Ferner hat weniger die Steigerung der Be-

dürfnisse der Arbeitnehmer die Gefahr der Arbeitskämpfe groß gemacht, sondern die Not der Kriegs- und Nachkriegszeit sowie zunehmende soziale Ungerechtigkeit und damit auch das ungleiche Kräfteverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Es wäre gut gewesen, wenn diese und andere Zwangsläufigkeiten, die zur Schlichtung führten, gerade den Leserkreisen bewusster vorgeführt worden wären, wofür sie doch an erster Stelle geschrieben wurden, denn hier mangelt diese Kunde oft stark, und für manchen Juristen gilt oft leider nur der Jurist. Unzuständig — so wird dann trefflich weiter dargelegt — ist die Wissenschaft bei dem rein politischen Schlichtungsstreit. Hier entscheidet die Politik mit ihrer Einstellung entweder nach dem Klassenkampf- oder dem Gemeinschaftsgedanken. Daraus ergeben sich in der Regel auch entweder Schlichtungsfeindlichkeit oder Schlichtungsfreundlichkeit. Zuständig ist diese Wissenschaft nur bei der Klärung wesentlicher Vor- und Zwischenfragen der Schlichtung.

Der zweite Abschnitt behandelt die Stellung der Schlichtung im Staatsorganismus. Vorweg wird hier ihr Begriff klar vorausgestellt. So soll ihr Wirken kein Gesetzgebungsakt, sondern ein Rechtsgeschäft sein. Die unmittelbare Einwirkung des Parlaments — wie seinerzeit der Reichstagsbeschluss in dem Schlichtungsverfahren des Berliner Metallarbeiterstreites — wird abgelehnt. Es handelt sich hier nämlich nicht um einen Gesetzgebungsakt, sondern um eine Verwaltungstätigkeit, wozu auch die Verbindlichkeitserklärung des Reichsarbeitsministers gehört. Dieser ist jedoch nur gebunden an die gesamte Politik des Reichskanzlers und nur innerhalb dieser dem Reichstag gegenüber verantwortlich. Ein anderer wichtiger Fragenkomplex behandelt Schlichtung und Gerichtsbarkeit, freiwillige Gerichtsbarkeit und Verwaltung. Auch hier werden scharfe, exakte Trennungen vorgenommen und jeweils das Für und Wider gründlich erwähnt. Auf die hier gemachten Erörterungen zur Ausgestaltung und Vereinfachung der Regelung solcher Streitigkeiten wird noch oft zurückzukommen sein, insbesondere hinsichtlich Auslegung von Tarifverträgen und Schiedssprüchen sowie bei Streitigkeiten, die aus unberücksichtigten Neuerungen entstehen.

Den inneren Vorgang bei der Schlichtung behandelt der dritte Abschnitt. War vorher schon nachgewiesen, daß Schlichten kein Richten sei, daß ersteres nur neues Recht schaffe und letzteres nur über bestehendes Recht entscheide, wenn es umstritten oder verletzt worden sei oder angewandt werden müsse, so wird hier herausgestellt, daß es beim Schlichten auf das Wollen anläge, beim Richten auf das Erkennen. Eine Fülle von Voraussetzungen sind zum Schlichten erforderlich und viele Faktoren zu beachten. Die Tatsachenfeststellung nach der heutigen Methode genügt nicht mehr. Insbesondere ist die Kenntnis der Materie zu erweitern, unter Umständen durch Vorlage von Geschäftspapieren, Eideszwang, Verbindung mit ähnlichen Erscheinungen, wie Kartelle, Banken, Steuern usw. Weiter sei die Gesamtwirtschaft mehr zu durchleuchten durch paritätische Ausgestaltung der Wirtschaftskammern. Bilanzierungsvorschriften und Buchhaltung müßten für die Ermittlung dieser Wirtschaftstatsachen ausgestaltet werden. Dieses alles zum Zweck, um der Sache mehr auf den Grund gehen zu können, um nicht ins Dunkle zu entscheiden und um an Stelle bloßer Behauptungen mehr Gründe und Beweise zu bringen. Die Schlichtungserörterungen dürften sich aber nicht erschöpfen mit dem Thema „Was kann die Wirtschaft tragen?“ Auf diesem Gebiete erstrebt Ermattungsstrategie leicht zur Verhandlungsmüdigkeit, um so unter diesem Eindruck schnell zu einer Einigung oder Entscheidung zu kommen, ohne den andern Schlichtungsfaktor genügend zu besprechen.

Dieser ist die politische Willensbildung. Sie ist ebenfalls neben der Erkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse ein ausschlaggebendes Entscheidungselement. Das Ideal des richtigen Rechts in der Schlichtung sei keine Angelegenheit des Erkennens, sondern eine auf Werturteilen beruhende Auswahl des Sein-sollenden, so wie es das Gesetz will. Hierzu gehöre nicht, den Schiedspruch nur so zu gestalten, daß er Kämpfe erübrige, oder nach dem Maße, was nach einem Arbeitskampf der Friedensvertrag bringen würde. Vielmehr müsse er innerhalb der Grenzen der Marktgesetze den sozialen Notwendigkeiten zum Durchbruch verhelfen und dem Ideal des richtigen Rechts entsprechen. Weiter wird dargelegt, daß das Schlichtungsverfahren ein einheitliches bleiben müsse, und zwar in allen Städten, sowohl bei den Schieds-sprüchen wie auch bei den Verbindlichkeitserklärungen, bei den sogenannten Einigungs- als auch Schiedsgrundlagen. Die Unmöglichkeit der Entpolitisierung der Schlichtung ergebe sich schon aus der Frage: Was ist Politik? Ihre Beantwortung wird nach Stammeler hergeleitet: „Politik ist die Tätigkeit, die auf das Bewirken guter sozialer Zustände gerichtet ist.“ Dazu gehöre Gesetzgebung und Verwaltung, und daher sei auch der politische Charakter der Schlichtung erwiesen. Die sich daraus ergebende Höhe über diesen politischen Akt könne wohl auf eine andere Stelle von der jetzigen verlagert werden bzw. ein anderes Organ würde dann den Akt tätigen, aber er würde immer ein politischer bleiben.

Mit der Frage „Welche Staatsorgane sollen die Schlichtung ausüben?“ beschäftigt sich der hochinteressante und bedeutende Schluß der Arbeit. Dabei erfolgt eine gute Auseinandersetzung über Forderungen nach besonderen Reichsschiedsstellen, Reichsschlichter und neutrale Stellen, die „Nachprüfungen“ und Verbindlichkeitserklärungen von Schieds-sprüchen vorzunehmen

hätten. Dr. Herzfel lehnt diese Vorschläge vom Standpunkt der Interessenten, der Demokratie und der inneren staatlichen Einheit aus ab. Diese wie fast die gesamte Darstellung ist nicht nur juristisch, sondern auch staats- wie parteipolitisch von großem Werte, und diese Ausführungen passen auch trefflich in diese unsere parteipolitische „Hochkonjunktur“. Im Grund muß die Schlichtung bleiben, wie sie ist. Die ihr anhaftenden Verfahrensmängel und Unvollständigkeiten stellt die Schrift offen heraus, aber sie zeigt auch Wege, wie diese zu meiden und wie der höchstmögliche Grad von Schlichtungsvollkommenheit zu erreichen ist. Diesem Zweck dient auch bestens das Kapitel über die Stellung des Vorsitzenden und der Beisitzer. Aus dieser Gesamteinstellung zur Schlichtung erklärt es sich auch, daß Herzfel beim Abschluß der Schrift von der Selbstverwaltung in der Schlichtung Sorgen bekundet, die ebenfalls volle Beachtung wert sind. Folglich wird die bestehende Schlichtung auch mit den bisherigen Organen besetzt.

Alles in allem: Die Schrift ist eine gute Leistung, nicht nur für die Schlichtung und das Arbeitsrecht, sondern für unsere soziale Neuordnung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft überhaupt. Hochwissenschaftlich ist sie oft geschrieben, weil sie ja auch zuerst für die Wissenschaft bestimmt ist. Für den Laien ergibt sich dieses auch schon daraus, daß in ihr eine ganze Fülle Rechtsgrundlagen in vielen Weltsprachen ohne Uebersetzung angegeben sind. Der Laie erfährt daher nur aus dem „Drumherum“, was damit gemeint ist. Nichtsdestoweniger ist die Arbeit auch für den Praktiker verständlich, anschaulich und ansehnend. Auch sonst wird noch oft auf diese Verteidigung und Pflege unseres Schlichtungswesens zurückzukommen sein, welches wohl mit der ruhendsten Pol in unserer furchtbaren Erscheinung glüht gewesen ist und auch bleiben muß. W. Mauer.

Um die Kurzarbeiterunterstützung

Die Frage der Kurzarbeiterunterstützung hat für die Arbeiterschaft heute eine besondere Bedeutung, hängt doch von der rechtlichen Auslegung der Bestimmungen über den Bezug der Unterstützung das Wohl und Wehe vieler Arbeiterfamilien ab. Nach § 130 A.D.A.G. hat der Arbeiter Anspruch auf die Unterstützung, wenn in einer Woche wegen Arbeitsmangels drei, vier oder fünf Arbeitstage ausfallen und der Verdienst entsprechend verringert ist.

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung beschäftigte sich bereits am 6. Februar 1931 mit der Frage, was unter entsprechender Verringerung des Arbeitsentgelts im Sinne des Artikels 2 der Verordnung über Kurzarbeiterunterstützung zu verstehen sei und kam dabei zu einem grundsätzlichen Beschluß.

Nach diesem Beschluß ist nach Auslegung des Verwaltungsrats das Erfordernis einer entsprechenden Verringerung des Arbeitsentgelts nicht dahin zu verstehen, daß der Kurzarbeiter in keinem Falle mehr als 50 % seines bisherigen durchschnittlichen Wochenlohns verdienen darf. Vielmehr soll durch dieses Erfordernis die Kurzarbeiterunterstützung in der Regel nur dann ausgeschlossen werden, wenn der Lohnausfall der Kurzarbeiter durch besondere Vorkehrungen ganz oder zum Teil ausgeglichen wird.

Der Spruchsenat des Reichsversicherungsamts fällt am 22. Mai 1931 ebenfalls eine Entscheidung, in welcher auf den obigen Beschluß des Verwaltungsrats der Reichsanstalt Bezug genommen wird. In der Entscheidung heißt es u. a.:

„Fallen in einer Kalenderwoche drei Arbeitstage aus, ist aber das Arbeitsentgelt höher, als dem Ausfall der drei Arbeitstage entspricht, so wird die Gewährung der Kurzarbeiterunterstützung nicht ausgeschlossen, soweit der höhere Lohn nicht auf besonderen Vorkehrungen beruht, die den Zweck haben, den durch die Kurzarbeit verursachten Lohnausfall auszugleichen.“

Trotz der vorliegenden klaren Entscheidungen verfügte der Präsident der Reichsanstalt mit Rundschreiben vom 8. April 1932 an sämtliche Arbeitsämter, daß in allen Fällen, in welchen in den ersten Tagen der Woche mehr Arbeitsstunden verfahren werden, als der Durchschnitt der tariflichen wöchentlichen Arbeitszeit beträgt, die Bezahlung der Kurzarbeiterunterstützung sofort einzustellen sei, weil in dieser so festgelegten Arbeitszeit eine besondere Vorkehrung zu erblicken sei, die den Zweck habe, den durch Kurzarbeit verursachten Lohnausfall wenigstens teilweise auszugleichen.

Auf Grund dieser Verfügung bekamen rund 2000 Arbeiter von drei Vestag-Werken in Duisburg keine Kurzarbeiterunterstützung mehr.

Durch Betriebsräte und Gewerkschaften wurde gegen die Entziehung der Unterstützung beim Spruchauschuß des Arbeitsamts Duisburg Einspruch eingelegt. Der Spruchauschuß beschäftigte sich unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Weinbrenner in seiner Sitzung vom 13. Mai mit dem Einspruch.

Nach Klarlegung des Sachverhalts durch den Vorsitzenden nahm der Vertreter des Christlichen Metallarbeiterverbandes das Wort. Derselbe wies darauf hin, daß in allen drei Fällen keine Rede davon sein könne, daß in der Festlegung der bestehenden Arbeitszeit eine besondere Vorkehrung zu erblicken sei, die den Zweck habe, den durch Kurzarbeit verursachten Lohnausfall auszugleichen. Schon seit Einführung des freien Samstagvormittags im Jahre 1923 sei die Arbeitszeit an den ersten fünf Wochentagen länger gewesen als am Samstag. An dieser Arbeitsweise sei in all den Jahren nichts geändert worden. Auch sei bei den späteren tariflichen Verkürzungen der Arbeitszeit die Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit niemals an allen Wochentagen gleichmäßig verteilt gewesen. Die Arbeitgeber hätten in der Vergangenheit jede von der Arbeiterschaft geforderte anderweitige Verteilung der Arbeitszeit aus betriebstechnischen und wirtschaftlichen Gründen abgelehnt. So habe der Duisburger Schlichtungsausschuß noch am 26. Januar 1932 den Antrag der Betriebsvertretung vom Hüttenbetrieb, Duisburg-Meiderich, auf eine andere Verteilung der tariflichen Arbeitszeit abgelehnt und dem Vorbringen der Firma, daß eine andere Verteilung der Arbeitszeit aus betriebstechnischen und wirtschaftlichen Gründen nicht möglich sei, durch den gefällten Schiedspruch Rechnung getragen. Des weiteren hätten noch am 6. Mai 1932 die Tarifparteien von Arbeit Nordwest zu dieser Frage Stellung genommen. Dabei herrschte bei beiden Tarifparteien Uebereinstimmung darüber, daß die Verteilung der Arbeitsstunden in den einzelnen Betrieben betriebstechnisch notwendig sei. Sodann führte der Vertreter des Verbandes noch aus, daß in den kontinuierlichen Betrieben eine anderweitige Verteilung praktisch unmöglich sei. Auch die Reparaturwerkstätten müßten sich dem Produktionsprozeß anpassen. Redner kam zu der Schlußfolgerung, daß aus all den vorgebrachten Gründen die Verfügung des Präsidenten der Reichsanstalt und die daraufhin erfolgte Einstellung der Unterstützung für die drei Werke nicht aufrechterhalten werden könne, weil in allen drei Fällen eine besondere Vorkehrung zum Nutzen der Kurzarbeiter nicht zu erblicken sei.

Der Spruchauschuß konnte sich den klaren Darlegungen nicht verschließen und kam daher zu der Aufhebung der Entscheidung

des Vorsitzenden. Die Berufung wurde jedoch wegen der grundsätzlichen Bedeutung für zulässig erklärt.

Und nun die Kuganwendung: Ohne zielbewusste Gewerkschaftsarbeit wäre dieser Erfolg, der von grundsätzlicher Bedeutung für die ganze Industriearbeiterschaft ist, bestimmt nicht möglich gewesen. Der finanzielle Erfolg beträgt unter Zugrundelegung von einem durchschnittlichen Wochenverdienst von 36 bis

42 RM bei drei Ausfalltagen und drei Zuschlagsempfängern für den Familienvater in einer Woche 5,40 RM oder für 2000 Arbeiter 10 800 RM.

Dieser Erfolg sollte jedem Arbeiter die Augen öffnen und zu der Erkenntnis bringen, daß die Gewerkschaft gerade in der jetzigen Notzeit notwendiger als je zuvor ist.

Frett.

Lehrverträge in der Krise



Die wiederholten Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts, daß dem Lehrherrn u. U. mit Rücksicht auf die grundlegende Verschlebung der allgemeinen Wirtschaftslage das Festhalten an einem Lehrvertrage nach der Lehre des Reichsarbeitsgerichts über die Verteilung des Betriebsrisikos nicht zugemutet werden kann, sind inzwischen allgemein bei den Lehrherren bekannt geworden (vgl. RAG. Bensch. Samml. VI, 372, 511; XII, 256, 375, 487; XIII, 160, 168, 465)*. Die Folge ist, daß bei den Arbeitsgerichten die Fälle immer häufiger werden, in denen sich Lehrherren weigern, Lehrverträge zu erfüllen, oder auch den Lehrlingen Kurzarbeit und Lohnabbau zumuten. Meist mögen die Lehrherren hierzu wirklich durch wirtschaftliche Notwendigkeiten gezwungen sein. Es fehlt aber nicht an Fällen, in denen der Versuch offensichtlich ist, auf billige Weise von Verträgen loszukommen. Das Ergebnis dieser Entwicklung ist, so schreibt im „Arbeitsgericht“ Nr. 5/1932 der Richter Dr. Pries mit Recht, daß die Lehrverhältnisse von einer allgemeinen Rechtsunsicherheit erfaßt sind, die vor allem darin mit ihren Grund hat, daß die einschlägigen Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts nicht durchweg einheitlich und nicht bestimmt genug die Voraussetzungen festgelegt haben, unter denen eine Aufhebung des Lehrvertrages oder seine Aenderung zulässig ist.

Es erscheint daher angezeigt, den Versuch zu machen, diese Voraussetzungen, wie sie sich den Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts entnehmen lassen, einheitlich herauszuarbeiten und abzugrenzen. Dabei soll die grundsätzliche Einstellung des Reichsarbeitsgerichts als eine für die Praxis gegebene Tatsache hingenommen werden.

1. Auszugehen ist von dem allgemeinen Grundsatz, daß Verträge zu wahren sind und nur ganz besondere Voraussetzungen es im Einzelfall gerechtfertigt erscheinen lassen können, sie anzutasten. Das Reichsarbeitsgericht hat auch in den einschlägigen Entscheidungen betont, daß dieser Grundsatz für Lehrverträge ebenso wie für andere Verträge leitend bleiben muß.

* Vgl. auch Schulz: Arbeitsgericht, 1932, S. 8.

2. Neben den Grundsatz der Wahrung der Verträge tritt als zweiter Grundsatz, daß den Arbeitgeber grundsätzlich das Risiko des Auftragsmangels trifft (vgl. RAG. Bensch. Samml. XIII, 168, 465). Die Gefahr des Auftragsmangels ist eine Gefahr, mit der der Arbeitgeber im Geschäftsbetriebe zu rechnen hat, auf die er seinen Betrieb einstellen muß. Die Folgen des Auftragsmangels fallen daher, soweit sie sich im Rahmen normaler Konjunkturschwankungen halten, bei der Verteilung des Betriebsrisikos in den Gefahrenbereich des Arbeitgebers.

3. Aus diesen beiden Richtlinien als Grundsätze folgt, daß die Aufhebung eines Lehrvertrages oder seine Aenderung mit Rücksicht auf die Wirtschaftskrise nur das letzte, außergewöhnliche Mittel sein kann und darf. Gibt das Gesetz, ein Tarifvertrag oder der einzelne Lehrvertrag dem Lehrherrn bereits die Möglichkeit, den Lehrvertrag in der notwendigen Weise aufzuheben oder zu ändern, so muß diese Möglichkeit zunächst ausgenutzt werden. Liegen also z. B. wichtige Gründe zur Auflösung des Vertrages vor, so muß sich der Lehrherr zunächst auf sie berufen. Die Berufung auf die Wirtschaftskrise nach den Grundsätzen über die Verteilung des Betriebsrisikos ist nur subsidiär zulässig. Dazu zwingt der Ausnahmecharakter dieser Grundsätze. Trotzdem ist dieser Gesichtspunkt vom Reichsarbeitsgericht nicht immer beachtet. So erscheint es nicht als folgerichtig, wenn die Entscheidung des RAG. vom 21. November 1931 (Bensch. Samml. XIII, 465) ausführt, es könne dahingestellt sein, ob der Lehrherr in dem vorliegenden Fall schon auf Grund des Tarifvertrages zur Einführung von Kurzarbeit befugt gewesen sei, da ihm diese Befugnis jedenfalls nach der Lehre über die Verteilung des Betriebsrisikos mit Rücksicht auf die Wirtschaftskrise zugestanden habe (vgl. die Anmerkung von Sued, Bensch. Samml. XIII, 467).

4. Diese Erwägungen führen aber noch einen Schritt weiter: Der Lehrherr hat im Hinblick auf den Ausnahmecharakter einer Vertragsauflösung nach der Lehre der Verteilung des Betriebsrisikos nicht nur gegenüber dem einzelnen Lehrling zunächst die ihm zustehenden normalen vertraglichen und gesetzlichen Mittel auszunutzen, sondern ganz allgemein zunächst den Versuch zu machen, die normalen vertraglichen und gesetzlichen Mittel zu

Florian Geyer

(Fortsetzung von Seite 332.)

Der Krieg war mit diesem gewaltigen, unerwarteten Schläge so gut wie beendet, und was er für Deutschland bedeutete, das wurde in dem Bischofschlosse zu Würzburg mit Jubel ausgelegt.

Der Bischof stand mitten in einem großen Kreise von Domherren und Rittern und faltete seine Hände. „Die gnadenreiche Gottesmutter hat die Waffen des Kaisers gesegnet“, sagte er, „damit nicht allein die schändlichen Listen des Königs Franz ihr Ende erreichen, sondern auch alle Feinde unserer heiligen Kirche zittern mögen.“

„Und dazu war es hohe Zeit, hochwürdigster Herr“, fiel der Domdechant von Gutenberg ein, „denn die Frechheit nahm überhand und wird von heimlichen Aufhebern genährt.“

„Sie werden ihre Hörner wohl sehr einziehen“, sagte der Herr von Stein und schielte nach dem Grafen Friedrich hin, „die da meinten, es sei am Ende mit dem Kirchengut, und es schon in Händen zu haben glaubten.“

„Und die da meinten“, sprach ein anderer und grinste gegen die Ritter, „es sei Zeit, daß die frommen Klöster und Stifte verschwänden, werden auch lange Gesichter bekommen.“

„Das hegerische Unwesen wird sehr zu Ende gehen, und endlich der Greuel sein Ziel finden, den meuterische Priester über unser armes Reich gebracht haben“, antwortete der Bischof.

„Die Bauernbanden und das freche Volk in den Städten nicht zu vergessen, hochwürdigster Bischof“, klagte der Domvikar Nord. „Man kann nicht mehr auf der Gasse gehen, so treiben sie Hohn und Spott.“

„Es wird alles besser werden, Lieber“, tröstete der Fürst. „Der Truchseß schreibt mir, daß er nun mit seiner Macht sich an die Donau wenden wolle die Bauern dort und an den Schwelzergrenzen zur Ordnung zu bringen. So sind wir durch Gottes gnädigen Beistand aller Gefahren ledig und nicht mehr in Sorgen, daß böse Buben unseren Frieden stören.“

„Bis der Kaiser kommt“, murmelte der Domherr von Rosenberg, „dann geht sein Gericht auch wohl den großen Sündern an den Hals.“

Der Bischof hatte es gehört, und ihm mochte etwas einfallen. Er warf einen scheuen Blick umher und sprach darauf mit verdoppelter Frömmigkeit: „Wohl denen, die in Treue bei dem Heiland und seiner heiligen Kirche stehen. Bitten wir, geliebte Brüder, daß er alle Herzen erleuchte, auch alle Fürsten und Herren, die sich von ihm gewandt haben, in seinen Schoß zurückführe und mit uns vereine.“

„Für das nichtsnuhige Gesindel aber, gnädiger Herr“, sagte der alte Marschall, „das uns zu trohen wagte, wollen wir nicht beten, sondern den Abschaum niederstechen, wo wir ihn finden. Dazu braucht's kein neumodisch Wesen, ist aber das richtige Volkrecht!“

„Was ist das?“ fragte der Bischof.

„Es gehört zu der evangelischen Bruderschaft, gnädiger Herr, soll aber in keinen ritterlichen Mund kommen.“

Die umher standen lachten und sahen auf Florian, der nicht weit davon zuhörte, ohne eine Miene zu verziehen.

„Beruhige dich, lieber Heinz“, lächelte der Bischof. „Die Neuerer werden wohl erkennen, daß sie nichts von uns zu erwarten haben.“

Florian bemerkte, wie er einen bösen Blick nach ihm warf, dann vorüberging, ohne ihn zu beachten; und dies Zeichen reichte hin, auch andere von ihm zurückzuschrecken. Seine Äußerungen waren schnell bekannt geworden, er konnte ihre Folgen an dem Dompfropf bemerken, der ihn mit stolzer Kälte behandelte, als er mit ihm zusammentraf. Und selbst Graf Georg ließ ihn seinen Mißmut empfinden und hielt sich von ihm entfernt; der ganze vornehme Kreis seiner Standesgenossen wick ihm aus. Er stand wie ein Ausgestoßener. Nicht ein Mann unter so vielen, der sich freundlich genähert hätte.

Eben jedoch, da er durch die große Galerie des Schlosses in einen der leeren Säle trat, um den Gang zur großen Treppe zu erreichen, kam Hildegard ihm aus den Wohngemächern des Bischofs entgegen. Es war derselbe Platz, an dem sie gestern mit Eustach um ihr Bündnis verhandelte, dasselbe Fenster, in dessen Tiefe sie jetzt Florian führte und ihn belebend, mutig anschaute.

„Was ist dir geschehen, geliebter Freund?“ sagte sie. „Deine Miene so finster wie die Nacht, dein Mund so wild zusammengedrückt, wie vom Schmerz deiner Wunden.“

erschöpfen, um sich die notwendige wirtschaftliche Entlastung zu verschaffen. So wird der Lehrherr nicht die Aufhebung eines Lehrvertrages unter Hinweis auf die Krise fordern können, wenn noch andere Kräfte bei ihm beschäftigt sind, die er mit normaler Kündigung entlassen kann, und er sich so zu entlasten vermag. Allerdings fällt eine solche anderweitige Entlastungsmöglichkeit nur ins Gewicht, soweit sie nach den Grundsätzen von Treu und Glauben zumutbar ist, unter denen die ganzen Entscheidungen nach der Lehre der Verteilung des Betriebsrisikos auf der Grundlage des § 242 BGB. zu stehen haben. Dabei werden neben den Interessen des Lehrherrn auch die Belange der Gesamtbelegschaft zu berücksichtigen sein. Es kann z. B. bei großen Betrieben weder dem Lehrherrn zugemutet noch mit Rücksicht auf die Belange der Gesamtbelegschaft gebilligt werden, daß vor den Lehrlingen sämtliche übrigen künftigen Arbeitnehmer, die vielleicht alterfahrene Kräfte und Familienväter sind, entlassen werden und zum Schluß nur noch oder überwiegend Lehrlinge in Arbeit stehen.

5. Weiter ist eine Berufung auf die Grundsätze über die Verteilung des Betriebsrisikos ausgeschlossen, wo das Risiko der Krise ausdrücklich oder dem Sinn des Vertrages nach vom Arbeitgeber übernommen ist. Das wird allerdings, soweit die Krise katastrophale Auswirkungen gehabt hat und deswegen die Aufhebung des Lehrvertrages gefordert wird, kaum je der Fall sein. Soweit dagegen nur Lohnkürzungen verlangt werden, wird sich häufig ergeben, daß beide Parteien sich bewußt auch für den Fall erheblicher Konjunkturschwankungen auf bestimmte Lohnsätze festgelegt haben, der Lehrherr, um auch bei allgemeinen Lohnsteigerungen den Lehrling auf den festgelegten Sätzen halten zu können, der Lehrling, um im entgegengesetzten Fall die fest bestimmten Ansprüche zu haben.

6. Soweit nach dem Gesagten ein Zurückgreifen auf die Rechtsätze über die Verteilung des Betriebsrisikos zulässig erscheint, kann eine Antastung des Lehrvertrages doch nur erfolgen, wo die schwierige geschäftliche Lage des Betriebes, die die Beeinträchtigung des Vertrages rechtfertigen soll, in der Verschlebung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage ihre Ursache hat. Die Ursache darf nicht in den Verhältnissen des einzelnen Betriebes liegen, z. B. auf dem Übergang wichtiger Kunden zur Konkurrenz beruhen. Gefahren dieser Art muß der Arbeitgeber in Rechnung stellen. Sie fallen daher in seinen Gefahrenkreis. — Außerdem muß die Ursache für die Gefährdung des Betriebes in einem durch die allgemeine Wirtschaftskrise bedingten Auftrags- und Arbeitsmangel zu finden sein. Sie darf z. B. nicht in Mangel an Kapital oder Kredit ihren Ursprung haben. Geldmangel ist gleichfalls in den Gefahrenbereich des Arbeitgebers zu verweisen. Es kann daher ein Lehrherr, der ausreichende Aufträge hat, sie aber aus Geldmangel nicht ausführen kann, keine Aufhebung eines Lehrvertrages fordern. (Schluß folgt.)

Richter Dr. Friedrich Prieß, Bremen.

Ihr Trost und ihr Anblick fielen wie warmer Sonnenschein auf ihn. Sie allein hatte ihn nicht verlassen; jetzt, wo ihn alle anderen aufgaben, stand sie doch noch bei ihm. Aber vielleicht wußte sie nicht, was vorgegangen. „Ich habe es danach gemacht“, sagte er, „daß niemand mich anrühren mag; daher vernimm erst —“

Hildegard unterbrach ihn. — „Ich weiß alles“, antwortete sie, „es ist bei meinem gnädigen Oheim weit und breit darum verhandelt worden. Der tugendhafte Jepsolf von Rosenberg hat eine ganze Stunde deine Verbrechen verflucht, und alle frommen Leute haben sich davor bekreuzigt.“

„Ich kann nichts widerrufen“, sagte Florian. „Du darfst nichts widerrufen“, fiel sie ein. „Stolz und herrlich hast du vor diesen Schächern gestanden. Wahrheit in ihre Ohren gedonnert; es ist natürlich, daß sie Grauen und Entsetzen empfinden.“

„Sie stoßen mich dafür aus ihrem Tempel“, sagte Florian.

„Aber du wirst nicht sehen“, versetzte Hildegard, und ihre Augen leuchteten. „Du wirst deine Stirn nicht vor ihnen senken, nicht vor sie fort, bald werden sie deine Herrschaft anerkennen. Du bist nicht verlassen, geliebter Florian, ich bin bei dir!“



diesen Schwächlingen fliehen. Tritt vor sie hin, wie ihr Gebieter“, fuhr sie fort, „bald werden sie deine Herrschaft anerkennen. Du bist nicht verlassen, geliebter Florian, ich bin bei dir!“

Bekanntmachung

Sonntag, den 29. Mai 1932, ist der 23. Wochenbeitrag fällig.

Inhaltsverzeichnis

Der Deutsche Metallarbeiter:

Hauptteil:

Unterstützungswesen und Aktivität der Gewerkschaften (W.), S. 325. Es geht um die Sozialversicherung (Ungert), S. 325. Ueber das Versammlungswesen in der Krise (Wr), S. 327. Bezirkskonferenz des Bezirks Schlesien in Breslau (Bruno Trawinski), S. 328.

Verbandsgebiet:

Frh Gräber, Herford † (S.); Generalversammlung in Berlin-Regel (Friedrich Zimmermann); Generalversammlung Mainz (Quirin Frosch, Kofenheim); Oberndorf am Neckar berichtet (Grimm), S. 330. Jubiläumfeier in Lendersdorf (A. S.), S. 331.

Umschau:

Um die Richtsätze der Wohlfahrtsunterstützung (C.), S. 331.

Branchenbewegung:

Kauft nur deutsche Nähmaschinen! (M. Siemisch, Bielefeld), S. 332. Elektriker Regensburg (S.), S. 332.

Unterhaltung:

Florian Geyer (Theodor Mücke), S. 330.

Arbeitsrecht — Sozialversicherung:

Grundfragen des Schlichtungswesens (W. Mauer), S. 333. Um die Kurzarbeiterunterstützung (Frett), S. 334. Lehrverträge in der Krise (Richter Dr. Friedrich Prieß, Bremen), S. 335.

Bekanntmachung:

Seite 336.

„Der Deutsche Metallarbeiter“ erscheint wöchentlich Samstags. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelstor 17. Fernruf: Sammelnummer 25 346. Schluß der Redaktion: Donnerstag abend 6 Uhr. Zuschriften und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten. — Anzeigenpreis: Die 4gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsuchende 20 Reichspfennig, für Arbeitsangebote 40 Reichspfennig. Unverlangt eingehende Manuskripte ohne Beifügung eines adressierten und frankierten Briefumschlages werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt.

Schriftleitung: Georg Wieber. — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapelstor 17. — Druck: Echo-Verlag und Druckerei, e. G. m. b. H., Duisburg.

Er blickte sie freudig an. — „Ja, du bist besser als alle diese kleinen Seelen.“ sagte er, „ich will nicht weichen.“

„Glaube und vertraue!“ antwortete Hildegard. „Es gibt doch manche, die dir nahe stehen und sich mit dir einigen werden. So laß dich nicht schrecken, du kühner Ritter; ich will dich heute abend erwarten und dir Namen nennen, Wege zeigen, die zu deinen Ehren und zu mir führen.“

Schnell mit einem zärtlichen Geflüster verließ sie ihn, denn es wurde laut am Eingange des Saales. Georg von Wertheim kam mit einem prächtig gekleideten Herrn, und als beide Florian bemerkten, der ihnen entgegenkam, sagte der Graf: „Da ist er! Seht ihm den Kopf zurecht, so weit es angeht, und bringt ihn heute abend zu uns. Er soll nicht an unserer Freundschaft zweifeln und darf unserem Bündnis zu allem Guten nicht fehlen.“

Der junge Edelmann trennte sich von dem Grafen, welcher in die Galerie zurückkehrte, während jener seinen Weg fortsetzte, dann aber vor Florian stehen blieb, als dieser fremd bei ihm vorübergehen wollte.

„Bei allen Heiligen im Himmel!“ lachte er, „ich glaube nun dem Gerüchte, daß du den Kopf verloren hast.“

Jetzt erst erkannte ihn Florian. Es war sein eigener junger Schwager Wilhelm von Grumbach den er unerwartet vor sich sah. — Der französische Ritter, welcher später ein so berühmter gefährlicher Feind des würzburgischen Hochstifts an der Spitze der großen Adelsverschöpfung wurde und ein so schreckliches Ende nahm, stand damals in seiner ersten Jugendblüte. Von hoher edler Gestalt, begabt mit ritterlichen Tugenden, dabei ein Gesicht mit gewinnenden, ausdrucksvollen Zügen, geistvollen, lebhaften Augen und einer Gabe der Beredsamkeit, welcher niemand leicht widerstehen konnte, war Wilhelm von Grumbach zugleich auch ausgezeichnet durch mehr als gewöhnliche Kenntnisse. Sowohl mit Selm und Schwert wie mit Ratschlägen und schlaun Ränken war er seinen Feinden ein gefürchteter Feind, und trotz seiner Jugend hatte er schon den Ruf eines außerordentlichen Menschen und wurde mit einer gewissen Scheu vor seinen hervorragenden Eigenschaften ebensowohl gesucht als gemieden.

(Fortsetzung folgt.)